

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatlich 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zł, monatlich 5,39 zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zł, Danzig 8 W., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Ds. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Sietlin 1847.

Nr. 206.

Bromberg, Freitag den 9. September 1932.

56. Jahrg.

Der Sinn des Rapallo-Vertrages und der neue außenpolitische Vorstoß Moskaus.

Von Paul Oskar Seidl

Die Moskauer Außenpolitik zeigt in den letzten Wochen besonders gesteigerte Rührigkeit. Für die Abwicklung der russischen Innenpolitik war das immer ein beachtenswertes Wetterzeichen, und auch bei dieser Gelegenheit liegt der Rückschluß auf eine Fülle innerer Schwierigkeiten sehr nahe. Ihre nähere Betrachtung lohnt sich nicht. Zu oft führte sie zu der falschen Voraussage einer nahen Katastrophe des russischen Weltreiches. Und nichts berechtigt auch jetzt wieder zu der Annahme einer irgendwie beachtlichen Schwächung der Diktatur der roten Jaren. Sie werden auch in diesem Winter, selbst bei Ausbruch an Hungersturm grenzender Ernährungshemmungen in einzelnen russischen Landschaften, der Lage unbedingt Herr bleiben. Innenpolitisch gibt es keinen organisierten, geschweige denn bewaffneten Gegner der herrschenden Macht, und außenpolitisch entfalten die Sowjets mit besonderen Erfolgsaussichten wieder einmal eine ganz große Entlastungs- und Befreiungsaktion, deren Wirkungen sich in den verschiedensten Ländern teils politisch teils wirtschaftlich bemerkbar machen.

Dabei lassen sie eigentlich zum ersten Mal Deutschland bis zu einer anscheinend gewollten Gleichgültigkeit aus. Vorkriegszeiten bei früheren Gelegenheiten stets wieder äußerst geschickt zu einer Vertagung antisowjetischer Angriffspläne durch das Spiel eines Zusammengehens mit Berlin, so treten sie diesmal erstaunlicherweise sogar mit Anbiederungsversuchen an die Versailler Front hervor, die bisher stets auch eine klare Front gegen Rußland gewesen ist, jenes Sowjetrußland, dessen in dem nun längst zum alten Eisen geworfenen Tschitscherin verkörperte außenpolitische Weisheit jeder der zahlreichen Versailler Verlockungen zur Beteiligung an der Ausbeutung Deutschlands widerstand. Sowjetrußland war der einzige kriegsbeteiligte Staat, der die Unterzeichnung des Versailler Gewaltvertrages, trotz den in ihm auch für Rußland enthaltenen Vorteilen, vorbehaltlos ablehnte und folgerichtig sogar der kommunistischen Partei Deutschlands die gleiche Politik einer strikten Ablehnung aller sich auf Versailles stützenden Tributabmachungen zur unausweichlichen Pflicht und programmatischen Forderung machte.

Zu wiederholten Malen versuchte die Gesamtentente ferner die diplomatische und wirtschaftspolitische Verbindung mit den Sowjets auf der Grundlage einer Abtretung der Deutschland aufzulastenden Versailler Rußlandrechte. Entsprechend der Manier anderer Versailler Zahlungsfestsetzungen gegenüber Deutschland wäre es ja ein leichtes gewesen, die russischen Kriegsschäden in Höhe der Auslandsschulden der Jarenzeit anzunehmen und die Eintreibung an die Entente abzutreten. Nicht nur Frankreich und Amerika, sondern auch England begeisterten sich für diesen Plan, der bei den Sonderverhandlungen vom 14. April während der Konferenz von Genua in fester Form den Russen durch Lloyd George unter Beisein von Vertretern Frankreichs, Italiens und Belgiens vorgetragen wurde.

Ganz ähnlich wie später Lord D'Abernon Stressemann die Vornachpolitik suggerierte, schob Tschitscherin den Kanzler Wirth in die Rapallopolitik, die gegen den Widerstand des Außenministers Rathenau schon am 16. April zu dem berühmten Vertrag von Rapallo, der viele Jahre einzigen selbständigen außenpolitischen Handlung Deutschlands führte. In Wirklichkeit war sie die Tat eines Russen, der damit den Anforderungen der russischen Politik gerecht werden wollte, und zwar durch Schaffung eines ersten Vertrages mit einem Gegenseitigkeitsverzicht auf Finanzansprüche, so wie ihn Tschitscherin auch mit den anderen einstigen Geldgeberstaaten des Jarenrußland zu erreichen strebte. Seine Politik läßt sich natürlich nicht mit einer Deutschfreundlichkeit der Sowjets erklären. Die radikalen sowjetistischen Gewalttäter ermöglichten sie dem vielseitig schillernden Tschitscherin, weil sie damals ein Sowjet-Deutschland für sehr nahe hielten. Tschitscherin betrieb diese Politik ebenfalls nicht aus Vorliebe für Deutschland, sondern — als einziger Außenpolitiker großen Stils der damaligen Zeit — aus der Überzeugung, daß Deutschland den Versailler Vertrag sehr bald abschütteln, sich sehr rasch wiedererholen, in kürzester Frist seine außenpolitische Unabhängigkeit wiedergewinnen, und nach unabweisbarem Erfolg dieser Politik für Rußlands künftige Wege eine auskömmlichere Anlehnung bieten könnte als jedes andere Land.

Diese Politik Tschitscherins scheiterte an der Außenpolitik der Berliner Regierungen und daneben an dem geistigen Abhängigkeitsverhältnis Stressemanns von viel kräftigeren, extrem rußlandfeindlichen Persönlichkeiten der englischen Außenpolitik. Tschitscherin verschwand lang- und kluglos, obwohl seine vorgezeichnete Vorgehensweise der deutschen Nachversäiler Lebensnotwendigkeiten richtig und natürlich gewesen ist, weil seine Rechnung auf einigermaßen starke und tüchtige Venen der deutschen Außenpolitik sich als hoffnungslos erweist. Aber der Vertrag von Rapallo, aus dem Deutschland keinen Nutzen zog, besteht noch und kann im Rahmen der neuen außenpolitischen Offensive Rußlands wieder wichtig werden;

denn Rußland scheint seinen Widerstand gegen die Anerkennung der Vorkriegsschulden wenigstens teilweise aufzugeben. In diesem Falle dürfte auch Deutschland nicht mit der Annahme seiner Vorkriegsausprüche säumen; denn der Rapalloverzicht Deutschlands beruht auf der Voraussetzung, daß Rußland auch anderen Staaten einen Schadenersatz für die Vorkriegsschulden nicht zubilligt.

Rein Ueberfall auf das polnische Generalkonsulat in Oppeln.

Die „Kattowitzer Zeitg.“ meldet:

Am vergangenen Sonnabend erschienen in der polnischen Presse Nachrichten über einen angeblichen Ueberfall auf das polnische Generalkonsulat in Oppeln, die wir gleichfalls wiedergegeben haben. Die Darstellung des Falles stützte sich lediglich auf die Aussagen des Polizeiwachmeisters Christ, welcher vor dem polni-

schen Generalkonsulat als Posten stationiert war. Dieser wurde in der Nacht vom 2. zum 3. September dort mit einem Oberschenschuß vorgefunden. Er hatte angegeben, daß er aus den umliegenden Gärten mit Steinen beworfen und beschossen worden sei, worauf er das Feuer erwidert habe und verletzt wurde. Irgendwelcher Schaden am Gebäude des polnischen Generalkonsulats wurde nicht festgestellt. Es wurden nur einige Steine im Vorgarten vorgefunden.

Der ganze mysteriöse Vorfall ist bereits aufgeklärt. Es hat sich herausgestellt, daß die Angaben des Christ erfunden sind, und daß ein Feuerüberfall ebenso wenig, wie ein Ueberfall auf das polnische Generalkonsulat stattgefunden hat, sondern daß sich der Beamte in einem Anfall von Gemütsdepression den Schuß selbst beigebracht hat. Das Berliner Auswärtige Amt hat bei der polnischen Gesandtschaft in Berlin den Fall bereits aufgeklärt. Damit sind alle von der polnischen Presse an diesen Vorfall geknüpften Kommentare hinfällig.

Die deutsche Rüstungs-Dentschrift.

Deutschland geht ohne Gleichberechtigung nicht wieder zur Abrüstungs-Konferenz.

Der Reichsaussenminister, Freiherr von Neurath, hat im Zusammenhange mit den diplomatischen Auseinandersetzungen mit Frankreich über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in allen Rüstungsfragen den Wortlaut der Aufzeichnung veröffentlicht, die dem französischen Botschafter am Montag vergangener Woche übergeben wurde. In dem deutschen Memorandum heißt es, u. a.:

Deutschland hat das gleiche Recht auf nationale Sicherheit wie jeder andere Staat. Es kann sich deshalb nicht nur darum handeln, zu überlegen, wie durch die erste Konvention der notwendige Rüstungsausgleich und damit die Verwirklichung der nationalen Sicherheit aller Staaten angebahnt werden kann.

In dieser Hinsicht lassen sich drei Elemente der Regelung unterscheiden, nämlich 1. die juristische Form der Regelung, 2. die Zeitdauer ihrer Geltung und 3. ihr materieller Inhalt. Es liegt auf der Hand, daß bezüglich der beiden ersten Elemente nur eine Lösung denkbar ist. Sowohl die juristische Form als auch die Geltungsdauer der Vertragsverpflichtungen muß für Deutschland künftig die gleiche sein wie für alle anderen Staaten.

Würde man in diesen beiden Punkten einen Unterschied zuzunehmen Deutschlands statuieren, so würde das bedeuten, daß Deutschland auf dem Rüstungsgebiet auch weiterhin die Rolle eines Staates zweiter Klasse zu spielen hätte. Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrages tritt, und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer, sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten. Im Gegensatz zu den beiden ersten Elementen der Regelung bietet der materielle Inhalt dieser Regelung Spielraum für Verhandlungen.

Die Deutsche Regierung ist bereit, sich für die Laufzeit der ersten Konvention mit gewissen Modifikationen ihres Rüstungsstandes zu begnügen. Auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung ist die Deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein. Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die Deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen, sowie den wirtschaftlichen, und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Es kommt dabei einmal auf organisatorische Änderungen, wie zum Beispiel Abstinenz der aktiven Dienstzeit der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht an; zum anderen auf

die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, sowie des Grenz- und Küstenschutzes.

Es versteht sich von selbst, daß die Deutsche Regierung bei den von ihr beabsichtigten Maßnahmen der finanziellen Lage des Reiches Rechnung tragen wird.

Das Ziel des deutschen Schrittes.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat sich zu einem Vertreter des VTB über den Zweck des deutschen Memorandums geäußert, das oben wiedergegeben ist. Er sagte u. a.:

Ich habe von Anfang an Wert darauf gelegt, alsbald nach meiner Unterhaltung mit dem französischen Botschafter besonders interessierte Regierungen von dem deutschen Schritt zu unterrichten. Es ist aber etwas anderes, einen gewissen Kreis von Regierungen zu benachrichtigen, als ihn von vornherein zu gemeinsamen Verhandlungen zu ver-

einigen. Jedenfalls war die Reichsregierung der Ansicht und ich es auch heute noch, daß im vorliegenden Falle eine Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich der gegebene Weg ist, um eine Einigung zwischen allen beteiligten Mächten anzubahnen. Sollte, was ich nicht hoffe, die Anwendung des Vertrauenspatentes seitens der französischen Regierung die Bedeutung haben, daß diese jetzt zu einer unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache nicht bereit ist, so wäre eine neue Lage geschaffen, die neue Entschlüsse der Reichsregierung notwendig machen würde.

Soviel steht aber schon heute fest, daß es für Deutschland nicht möglich ist, sich an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung eine grundsätzliche Klärung gefunden hat.

Unsere Gleichberechtigung, nicht unsere Aufrüstung, ist der Punkt, den wir zur Debatte gestellt haben.

Das zeigt meine Aufzeichnung so klar, daß damit, wie ich annehmen möchte, allen den unsinnigen Gerüchten über die deutschen Pläne der Boden entzogen wird. Die Deutsche Regierung denkt gar nicht an Dinge, wie sie ihr von gewissen ausländischen Zeitungen unterstellt werden.

Die Abrüstungskonferenz ist an einem Punkt angelangt, wo die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen muß und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen darf. Niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist.

Frankreichs vermutliche Antwort.

Paris, 8. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Blätter geben schon jetzt Auszüge aus dem vermutlichen Inhalt der französischen Antwort an Deutschland wieder. Danach lehne Frankreich u. a. den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Meinungsaustausch zu zweien ab und verweise Deutschland an den Völkerverbund, die Genfer Abrüstungskonferenz und möglicherweise an den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag.

Handeln nicht verhandeln.

München, 8. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nationalsozialistischen Korrespondenz nimmt Oberst a. D. Haselmeier zu der Erklärung des Reichsaussenministers in der Gleichberechtigungsfrage Stellung und meint: Handeln, nicht Verhandeln heiße jetzt für Deutschland das Gebot der Stunde.

Wie denkt man in Amerika?

London, 8. September. (Eigene Drahtmeldung.) Dem Washingtoner Berichterstatler der „Times“ zufolge sind die Ansichten antilicher amerikanischer Kreise durch die Möglichkeit einer Nichtbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz geteilt. Auf der einen Seite wird befürchtet, daß durch die deutschen Forderungen die Abrüstungskonferenz, auf welche die Vereinigten Staaten vielleicht ohne Berechtigung spärliche Hoffnungen gesetzt hatten, zu Fall gebracht werde, auf der anderen Seite glaubt man, daß der Deutsche doch nicht Frankreich und seine Verbündeten zur Annahme der Hoover-Vorschläge bewegen könne, die eine Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel vorsehen. Amerika habe den starken Wunsch nach Abrüstung in Europa. Antiliche Kreise seien von der Presse-Mitteilung überrascht gewesen, daß Frankreich eine Note an Amerika geschickt und um die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Antwort an Deutschland nachgesucht hätte. Diese Note sei, wie Stimmon gesagt habe, nicht eingegangen, und offensichtlich sei er keineswegs darüber erfreut gewesen,

daß die Amerikaner in ein rein europäisches Problem hineingezogen werden sollten. Da Amerika den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe, so habe es nach Ansicht des Staatsdepartements auch nichts mit einer angeblichen „Verletzung“ dieses Vertrages zu tun. Unzweifelhaft werde Stimson die Frage eingehend untersuchen, wie sich der deutsche Vorschlag dazu auswirken lasse, um Frankreich zur Annahme des Hoover-Planes zu überreden.

Wann tritt die Weltwirtschaftskonferenz zusammen?

London, 8. September. (Eigene Drahtmeldung.) In London ist noch keine amtliche Bestätigung der aus Washington stammenden Meldungen eingegangen, daß die Amerikanische Regierung eine Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz bis nach Neujahr 1933 für erwünscht halte, um eine Störung der Präsidentschaftswahlen durch die mit der Weltwirtschaftskonferenz in Beziehung stehende Kriegsschuldenfrage zu vermeiden. Die Londoner amtlichen Kreise betonen jedoch, daß schon aus technischen Gründen mit der Eröffnung der Konferenz nicht vor Neujahr zu rechnen sei. Der vorbereitende Ausschuss, der gegen Ende des Monats in Genf zusammentritt, werde voraussichtlich mehrere Wochen lang verhandeln, bevor der Ort und die Zeit der Weltwirtschaftskonferenz festgesetzt werden könnten, da von der Aussendung der Einladung an bis zur Eröffnung der Konferenz ein beträchtlicher Zeitraum vorgesehen werden müsse, sei auf keinen Fall mit einem Zusammentritt vor Dezember und möglicherweise nicht vor Neujahr 1933 zu rechnen.

Der amerikanische Generalstabschef in Polen.

Warschau, 8. September. (P.A.) Der Generalstabschef des amerikanischen Heeres, General Douglas MacArthur, ist in Begleitung von höheren amerikanischen Offizieren gestern in Warschau eingetroffen, um an den polnischen Manövern in Wolhynien teilzunehmen. Den wohnhaften Manövern werden außer MacArthur alle in Warschau akkreditierten Militär-Attachés der fremden Mächte beimohnen.

Die Berliner Presse mißt dem Besuch des amerikanischen Generalstabschefs in Polen eine besondere Bedeutung bei. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“: „Es muß immerhin auffallen, daß sich der Chef der amerikanischen Armee die polnischen Manöver ansehen will; wohl liefert Amerika einen Teil des Kriegsmaterials an Polen, aber diese Tatsache allein genügt wohl nicht, General MacArthur zu veranlassen, die polnischen Manöver zu besuchen. Moskauer Zeitungen haben die Vermutung geäußert, daß diese Visite des amerikanischen Generalstabschefs in der polnischen Hauptstadt

eine politische Demonstration der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetrepublik darstelle.“

Französische und amerikanische Zeitungen sehen aber in dieser Reise einen ganz anderen Grund; diese Generalstabsfahrt nach Warschau wird durch sensationelle Enthüllungen zu einer höchst mysteriösen Angelegenheit gesteigert. Vor wenigen Wochen soll nämlich — wie wir bereits berichtet haben — ein amerikanischer Ingenieur, Barlow, aus Rußland nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt sein. Er hat das Kriegsministerium in Washington aufgesucht und ist schließlich bis zu General MacArthur vorgedrungen. Der Ingenieur soll in dieser Unterredung behauptet haben, er habe eine Erfindung gemacht, mit deren Hilfe er in der Lage sei, Städte und Festungen auf eine beliebige Entfernung zu zerstören. Es handle sich um eine elektrisch geladene Flugbombe, die mit mathematischer Sicherheit über mehr als tausend Kilometer gelenkt werden könne. Das Interessante an dieser Erfindung ist aber, daß Barlow sie deshalb nicht den Vereinigten Staaten angeboten hat, weil er sie angeblich nicht verwirklicht sehen will. Aus diesem Grunde sei er, so wird behauptet, nach Moskau gefahren, um die Sowjetregierung zu veranlassen, diese Erfindung als abschreckendes Weispiel für kommende Kriege der Abrüstungskonferenz oder dem Völkerbund vor Augen zu führen. Nur unter dieser Bedingung habe Barlow der Sowjetregierung seine Pläne überlassen. Die Russen hätten die Pläne genau geprüft, die Erfindung könne tatsächlich praktisch angewendet werden. Allerdings seien die Kosten so hoch, daß einstweilen schon aus diesem Grunde keine Aussicht besteht, sie zu verwirklichen. Barlow soll nun die Amerikanische Regierung ersucht haben, die russische Initiative im Genf zu unterstützen und mit dem Hinweis auf seine Erfindung die allgemeine Abrüstung zu fordern.

Was General MacArthur allerdings gerade in Polen will, wenn die mysteriösen Pläne im Moskauer Kreml schlummern, ist nicht recht zu begreifen. Es wäre doch für die Amerikanische Regierung sicherlich nicht schwer, geeignete Persönlichkeiten nach Moskau zu entsenden, um an Ort und Stelle zu beraten, was mit dieser eigenartigen Erfindung zu machen ist. So wie die Dinge jetzt liegen, wird die Reise MacArthurs mit tausend mißtrauischen Reportagen auf Schritt und Tritt verfolgt werden, und um eine Inspektionsfahrt, die vielleicht ganz harmloser Natur ist, wird plötzlich ein Legendenkranz gewunden, bis zum Schluß vielleicht noch ein Sensationsfilm herauskommt.“

Die „Rössische Zeitung“ kommt nach einem Hinweis darauf, daß auch der Führer der Amerikanischen Republikanischen Partei Senator Davis Reed auf der Rückreise von einer Italienfahrt zusammen mit MacArthur in Paris eingetroffen war, von wo dieser die Weiterreise nach Warschau angetreten hatte, zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Da Senator Reed zugleich Vorsitzender des Militärausschusses im Senat ist, kommt der Zusammenkunft der beiden für die amerikanische Wehrmacht maßgebenden Persönlichkeiten besondere politische Bedeutung sowohl im Hinblick auf die deutschen Wehrforderungen, als auch auf die allgemeine Haltung in der Abrüstungsfrage zu. Nach dem ganzen Tatbestand ist die Kombination nicht von der Hand zu weisen, daß die amerikanische Politik nach Möglichkeit sucht, um dem zweiten Teil der Abrüstungskonferenz von den Oststaaten her neue Impulse zu geben. Dieser Versuch ist nach der enttäuschenden Haltung Frankreichs durchaus zu verstehen und findet reale Möglichkeiten durch die schwere Finanzkrise dieser

Länder, zu deren Viderung Frankreich nicht mehr die für die Aufrechterhaltung des Rüstungsstandards erforderlichen Opfer zu bringen gewillt ist.“

Kurz gesagt: Man hat bei dem Manöverbesuch des amerikanischen Generalstabschefs in Polen des Rätsels Lösung noch nicht gefunden.

Überlebte Forderungen.

Deutschland will keine amerikanischen Besatzungskosten mehr zahlen!

Meldungen aus Washington bestätigen offiziell die Meldung, wonach die Deutsche Regierung um einen zweieinhalbjährigen Aufschub der im September fälligen Rate für die Besatzungskosten der amerikanischen Armee nachgesucht habe. Die fällige Summe beträgt 25 Millionen Dollar.

Die Regierung der Vereinigten Staaten scheint zwar angesichts der Finanzlage Deutschlands grundsätzlich nicht abgeneigt zu sein, einem Aufschub dieser Schuld zuzustimmen, befürchtet aber, daß in diesem Fall die anderen europäischen Schuldner, vor allem Frankreich und England, einen Präzedenzfall konstruieren und unter Berufung auf das Deutschland gewährte Moratorium gleichfalls einen Aufschub für ihre Kriegsschulden verlangen werden.

In maßgebenden politischen Kreisen hält man nach wie vor daran fest, daß auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz, die erst im kommenden Jahre, und zwar nicht in London, sondern in Washington stattfinden soll, die Kriegsschuldenfrage nicht behandelt werden dürfe. Falls die europäischen Staaten eine Diskussion dieser Frage wünschten, müßten sie sich vor Beginn der Konferenz über die Aufnahme des Kriegsschuldenproblems in die Tagesordnung der Konferenz mit den Vereinigten Staaten verständigen.

Dem Gouverneur der Bank von England Montague Norman soll es allerdings nach anderen Meldungen gelungen sein, die Möglichkeit einer Behandlung des Kriegsschulden- und Reparationsproblems auf der Weltwirtschaftskonferenz durchzusetzen.

Die Bahn ist abgefedert.

Am 12. September tritt der Reichstag zusammen.

Der Reichstagspräsident Göring hat den Reichstag auf Montag, den 12. September einberufen. Zweck der Einberufung ist die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Damit ist die Bahn abgefedert, der Kampf kann beginnen! Dieser frühe Termin ist insofern überraschend, als seit der Anfangstagung des Reichsparlaments die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum so gut wie gar nicht gefördert werden konnten. Zudem steht man nach wie vor in beiden Lagern diesen Verhandlungen ziemlich skeptisch gegenüber. Erst heute oder morgen wird man die Besprechungen wieder aufnehmen. Sie müßten, wenn man den Zweck erreichen will, bis Sonnabend soweit gefördert sein, daß das Präsidium des Reichstages bei dem Empfang im Reichspräsidentenpalais, der auf den 10. September festgesetzt ist, bereits mit klaren Vorschlägen hervortreten könnte.

Selbst wenn das der Fall wäre, selbst wenn der Reichstagspräsident den Reichspräsidenten davon überzeugen könnte, daß der neue Reichstag arbeitsfähig sei, selbst für diesen Fall ist nicht zu erwarten, daß Hindenburg jetzt, nachdem er das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen unterzeichnet hat, das Reichskabinett zu gunsten eines noch so fest und dauerhaft gefügten Koalitionskabinetts zwischen Nationalsozialisten und Zentrum fallen ließe. Viel eher ist anzunehmen — und das wird auch bei den verhandelnden Parteien angenommen —, daß der Reichspräsident an diese Bereitschaft zu positiver Mitarbeit die Empfehlung anknüpfen wird, die Mehrheitsparteien des Reichstages möchten sich hinter das gegenwärtige Kabinett stellen. Das werden sie zwar auf einen Schlag nun wieder auch nicht wollen. Man wird nicht übersehen dürfen, daß die Wirkung des sozialpolitischen Teils der neuen Notverordnung mit seinen fast unbegrenzten Vollmachten für die Regierung das Schwergewicht beider Parteien, sowohl der Nationalsozialisten wie des Zentrums, sehr nach der Opposition hin verlagern werden. Dafür werden schon die Sozialdemokraten sorgen, welche diesen Teil zum Zentrum ihrer Angriffe im Parlament machen werden. An eine unmittelbare Tolerierung der Reichsregierung durch die Mehrheitsparteien, so wie sie im Sinne Hindenburgs läge, ist also kaum zu denken. Wenigstens heute und morgen noch nicht. Wohl aber ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß man sich doch auf diese oder jene Weise in das Präsidialkabinett einzufügen suchen wird. Zwar ist es jetzt für solche Versuche noch zu früh, es wird viel Wasser zu Tale fließen, bevor es so weit ist. Aber es gibt keinen anderen Ausweg. Neuwahlen, die andernfalls drohen, werden von den beiden beteiligten Parteien, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, bestimmt nicht als angenehm empfunden.

Koalitionsverhandlungen nicht mehr aktuell.

Berlin, 8. September. (P.A.) Die seit längerer Zeit währenden Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten sind jetzt nicht mehr aktuell, da über die Auflösung des Parlaments bereits entschieden worden ist.

Die Nationalsozialisten bereiten sich offenbar zu der neuen Wahlkampagne vor, und im Zusammenhange damit macht sich nach der demokratischen Presse eine gewisse Abkühlung in den Verhältnissen zwischen den beiden Parteien sowie in dem Verlaufe einer Annäherung der Nationalsozialisten zu der Eugenbergerpartei bemerkbar.

In Preußen dagegen werden die Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten sehr optimistisch beurteilt. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Preussische Landtag am 21. d. M. zusammentreten wird, um die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vorzunehmen.

Wie das halbamtliche Parlaments-Bureau des Reichstages mitteilt, wird am kommenden Dienstag im Reichstage die politische Aussprache beginnen. Von der Entscheidung der Regierung wird es abhängen, ob das Parlament die Möglichkeit haben wird, eine Abstimmung über die inzwischen eingebrachten Anträge abzustimmen, oder ob der Reichstag aufgelöst werden wird. Nach der Ansicht informierter Kreise scheint die Auflösung

des Reichstages unvermeidlich zu sein. Sie dürfte Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Hälfte des November stattfinden.

Zylbermann.

Ein Monat Gefängnis wegen Betruges und Passvergehens.

Am Montag wurde vor dem Danziger Schöffengericht gegen den polnischen Journalisten Zylbermann alias Selwa verhandelt, der den besonders deutschfeindlichen „Kurjer Poranny“ mit Gehaltsartikeln gegen Danzig versorgte. Ihm wurde Passvergehen und Betrug zur Last gelegt. Im Januar 1929 ist Zylbermann nach Danzig gekommen und zwar ohne Pass. Das einzige, was er hatte, war ein Journalistenausweis, der auf den Namen Selwa lautete. Er will auf diesen Ausweis hin durch die Passkontrolle gekommen sein. Immerhin erblickte das Gericht in dieser Methode ein vollendetes Passvergehen und verurteilte den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis. Der Anklage wegen Betruges liegt folgender Vorfall zugrunde:

Zylbermann erschien eines Tages bei dem Inhaber einer Danziger Firma und erklärte, gegen eine Provision von 40 Gulden sei er in der Lage, einen Artikel in die polnische Presse zu lancieren des Inhalts, daß die betr. Firma mit Polen in anständiger, loyaler Geschäftsverbindung stünde. Der Inhaber der Firma ging auf den Vorschlag ein und zahlte einen Voranschuss von 20 Gulden, ohne daß jedoch ein derartiger Artikel irgendwo erschien. Auch ließ sich Z. nicht mehr bei der Firma sehen. Vier Wochen Gefängnis waren die Sühne für diesen Betrug, so daß eine Gesamtstrafe von einem Monat Gefängnis für Zylbermann die Folge war. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, daß im „Kurjer Poranny“ ein Artikel anlässlich des Besuches der deutschen Kriegsschiffe, der von einem angeblichen Waffenschmuggler der Schiffe nach Danzig zu berichten wußte, unter der Signatur Zylbermanns „Z. S.“ erschien.

Der Warschauer „Kurjer Poranny“, der durch seinen Danziger Korrespondenten Zylbermann, alias Selwa, monatelang mit Gehaltsartikeln gegen Danzig gefüttert wurde, ist noch in letzter Stunde ein Opfer dieses Korrespondenten geworden. Das Blatt versucht nämlich ohne Kenntnis der Zusammenhänge, die Verhaftung Selwas in Danzig als einen „Gewaltakt“ mit politischem Hintergrund und hinzustellen und berichtet über zahlreiche Sympathiebekundungen für Selwa — den eigentlichen Namen Zylbermann kennt das Blatt anscheinend gar nicht —, die ihm aus allen Teilen des Landes zugegangen seien.

Sehr eigenartig muß es aber besonders berühren, daß die Polnische Telegraphen-Agentur über die Verhaftung Selwas einen Bericht bringt, der ebenfalls die Angelegenheit mit Angriffen der Danziger Presse gegen den „Kurjer Poranny“ in Zusammenhang bringt und — ebenso wie der abnungslose „Kurjer Poranny“ — so gar von einer Frau Selwa berichtet, die verzweifelt ihren verhafteten Mann sucht, obgleich es eine Frau Selwa nicht gibt; denn Zylbermann ist gar nicht verheiratet. Diese Berichterstattung muß um so mehr in Erstaunen setzen, als — nach Danziger Mitteilungen — die übrigen polnischen Pressevertreter in Danzig, also auch die Vertreter der P.A., die moralischen Qualitäten des Herrn Selwa kannten und, wie gesprächsweise mehrfach zum Ausdruck kam, von seinen Machenschaften immer energisch abgerückt sind.

Streja.

Die Arbeiten der Konferenz zur Behebung der Wirtschaftsnöte der Donaufürstentümer schreiten nur langsam vorwärts. Aus den wenigen Tagen, die man dem Konferenzprogramm widmen wollte, sollen nun etwa zwei bis drei Wochen werden.

Der Grund für die Streckung der Konferenzdauer ist — nach dem Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ — sicherlich nicht nur in der Schönheit und Annehmlichkeit des Aufenthaltes am Lago Maggiore zu suchen, sondern selbstverständlich vor allem in der Schwierigkeit der Materie, die zu behandeln ist, und wobei natürliche Gegensätze zu überbrücken sind. Die Hauptarbeiten können doch nur wieder von den Kommissionen geleistet werden.

Zwei Kommissionen sind am Mittwoch eingesetzt worden.

Die eine hat sich mit den finanziellen Fragen zu beschäftigen, die andere mit den wirtschaftlichen. In der Generaldebatte erklärte für Österreich, daß sich bekanntlich von dem Agrarblock der Warschauer Konvention ferngehalten hat, Sektionschef Schüller, die Wiener Regierung sehe als wichtigste Aufgabe an, das monetäre System der notleidenden Baluten zu lösen. Ohne diese Lösung sei ein Handels- und Zahlungsverkehr überhaupt nicht möglich. Als zweiten Hauptpunkt betrachte man das Agrarproblem. Österreich sei bereit, beträchtliche Präferenzen für Getreide zu gewähren. Jedoch müsse es auf der anderen Seite Präferenzen für Industrieerzeugnisse verlangen, und zwar nicht nur Deutschland gegenüber.

Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Pöschel, gab die Erklärung ab, daß Deutschland den Agrarstaaten des östlichen Mitteleuropas wirksame Hilfe gewähren wolle, die vor allem in Vorzugszöllen für Agrarprodukte bestehen würde. Dagegen könne es die Deutsche Regierung nicht zulassen, daß auch für Industrieerzeugnisse Vorzugszölle eingeräumt würden. Ein gesunder Austausch wäre nur dann möglich, wenn Länder, die vorwiegend landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Markt brächten, diese dort absetzen, wo vorwiegend Industrieerzeugnisse hergestellt und verkauft werden könnten. Nur wenn man sich zu dieser selbstverständlichen Regel des Wirtschaftslebens zurückfinden würde, wäre an eine Gründung der mitteleuropäischen Verhältnisse zu denken.

Danach schloß der französische Vorsitzende der Konferenz, der frühere Minister Bonnet, die Generaldebatte in der er versicherte, daß auch Frankreich mit einem System der Vorzugszölle für die landwirtschaftlichen Produkte der Agrarstaaten einverstanden sei.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. September 1932.
Aratau - 2,95, Zawichów - 1,02, Warszawa - 0,70, Plock - 0,53, Thorn - 0,43, Kordon - 0,45, Culm - 0,33, Graubenz - 0,28, Rurzebrat - 0,72, Biel - 0,10, Dirschau - 0,17, Einlage - 2,28, Schiwenhorst - 2,52.

Sittliches Gewissen und Gemeinschaft

von August Winnig.

Indem der Mensch den Materialismus zur Lebenslehre erhoben hat, vollzieht er an sich selber das Strafgericht. Denn wo immer der Hintergrund für den Menschen unvorstellbar geworden ist, wo sich der Mensch zum einzigen Sinn und Zweck der Welt gesetzt hat, dort hat er jedesmal sich selber zerstört. Wo der Mensch seine innere Beziehung zum Welthintergrunde zerstört, beginnt er das Werk der Selbstvernichtung. Der Mensch bedarf, um Mensch zu sein, der Vorstellung einer übermenschlichen Kraft, einer überweltlichen Instanz, eines ihm nicht erfassbaren letzten Sinnes. Er bedarf des Glaubens an einen höchsten Wert, der will und ordnet, der misst und richtet. Ohne diese Vorstellung ist menschliches Leben nicht lebbar.

Denn alles menschliche Leben beruht auf Gemeinschaft. Menschliches Leben ist nur in Form möglich. Was anders aber ist der Grund, die unabdingbare Voraussetzung der Gemeinschaft, als das sittliche Gewissen? Wo das sittliche Gewissen fehlt, kann keine Gemeinschaft entstehen, und wo es vernichtet wird, muß die Gemeinschaft verfallen. Denn Gemeinschaft heißt Einordnung, und es hat noch keine Einordnung gegeben, die nicht zugleich Unterordnung wäre.

Aus „Vom Proletariat zum Arbeiterum“.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 8. September.

Heiter und warm.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres Wetter und weitere Erwärmung an.

Geisteskrankte auf den Straßen.

In der letzten Zeit sieht man sehr oft, wahrscheinlich als eine Folge der Not, merkwürdige Gestalten auf den Straßen der Stadt, die in ihrer Verkommenheit Mitleid und Abscheu zugleich erwecken. So treibt sich ein junger Bursche von etwa 14 bis 16 Jahren, nur mit einer Hose und einem Hemd bekleidet, in letzter Zeit auf den Straßen herum, sucht in Hausfluren nach Obststücken, auf die er sich mit einer geradezu tierischen Gier stürzt und sie vertilgt. Der junge Mensch macht einen total verkommenen und geistesgestörten Eindruck. Unverkennbar bleibt, daß sich noch keine Behörde dieses in den Morgenstunden fröhlich in die Stadt kommenden Burschen angenommen hat. Er macht zweifellos keinen gemeingefährlichen Eindruck, aber man sollte es nicht erst auf eine Probe oder ein Unglück ankommen lassen. Wie wir erfahren, soll der junge Mensch aus Gerdon stammen. Es wäre Sache der hiesigen Sicherheits- und Wohltätigkeitsorgane, sich dieses unglücklichen Menschen anzunehmen und ihn seiner Gemeinde zuzuführen, die verpflichtet ist, für seine und der Mitwelt Sicherheit Sorge zu tragen.

Von der Polizei festgenommen wurde gestern eine 20jährige Frauensperson, die in einem Zustand geistiger Umnachtung in den Straßen umherirrte. Man schaffte sie mit Hilfe des Rettungswagens in das hiesige Krankenhaus. Gestern Abend wurden schließlich die Bewohner des Hauses (Choloniewskieg) Nr. 4 Zeugen eines überaus traurigen Vorfalls. Der Mann einer dort wohnhaften Frau befindet sich seit längerer Zeit in dem hiesigen Gefängnis. Die Not, der sich die Frau ausgeliefert sah, führte am gestrigen Abend zu einem Fall heftiger Geistesverwirrung. Die Frau zerschlug unter heftigem Schreien die gesamte Wohnungseinrichtung, riß sich die Sachen vom Leibe und lief völlig unbekleidet auf die Straße hinaus. Hausbewohner nahmen sich der Unglücklichen an und veranlaßten die Überführung der Frau in das Krankenhaus. Da aber die hiesigen Spitäler sämtlich überfüllt waren, mußte die Unglückliche in dem Polizei-Arrestlokal untergebracht werden.

§ Der Magistrat (Gewerbeabteilung) macht auf den § 33 der Marktordnung vom 12. Mai 1931 aufmerksam, in dem bestimmt wird, daß in den ersten drei Stunden nach Beginn des Marktes zunächst die Konsumenten das Recht des Einkaufs haben. Erst dann können Händler ihre Einkäufe tätigen.

§ Sitzung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Bromberg. Nach längerer Unterbrechung, die durch die Erntearbeiten bedingt war, hatte der Landwirtschaftliche Kreisverein Bromberg seine Mitglieder zu einer Sitzung für den 7. d. M. nach Bromberg geladen. Den Vorsitz führte hiesiger Falkenthal, der nach Begrüßung der Mitglieder des vor kurzer Zeit verstorbenen Mitgliedes Reinhold Schmidt gedachte. Die Anwesenden ehrten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende erteilte daraufhin das Wort dem Diplomlandwirt Bern-Posen zu seinem Vortrage über das Thema „Was kann der Landwirt aus der Entwicklung der diesjährigen Ernte lernen“. Der Vortragende befaßte sich eingehend mit allen Schäden, die die diesjährigen Ernte-Ergebnisse beeinträchtigten und erklärte im besonderen die Entstehungs- und Verbreitungsursachen des Weizenrostes und seine Bekämpfung. Er erörterte die Frage der Pflege und Auswahl des Saatgutes für die kommende Aussaat. Für die beschreibenden Ausführungen erteilte Diplomlandwirt Bern einen anerkennenden Beifall. Aus den von dem Redner berührten Fragen ergab sich eine lebhafte Diskussion. Bei der Aussprache über die diesjährigen Ernte-Ergebnisse ergab sich die Feststellung, daß im Bromberger Bezirk durchschnittlich pro Morgen geerntet wurden: Roggen 9 Zentner, Weizen 8-10, Gerste 10, Hafer 9-10, Erbsen 8-10. Schäden durch Weizenbrand waren im Bromberger Bezirk nur vereinzelt zu verzeichnen. Die Kartoffel-Ernte wurde trotz der zunächst besser scheinenden Aussichten nur als mittelmäßig bezeichnet. Der Vorsitzende konnte die Sitzung nach etwa zwei Stunden Dauer schließen.

§ Die Diebesbente in der Brahe. Gestern in den Abendstunden wurden von Arbeitern in der Nähe der Papierfabrik drei nagelneue Fahrräder herausgefunden. Es stellte sich heraus, daß die Fahrräder aus dem Einbruch herrührten, der in der Mittwochnacht bei der Firma Tornow ausgeführt wurde. Einer der Spitzbuben hatte versucht, in der Maschinenfabrik Reck ein gestohlenes Fahrradteil zu verkaufen. Als sich der Besitzer über die Herkunft des Teiles näher erkundigte, verließ der Spitzbube schleunigst das Geschäft, setzte sich auf das vor dem Hause stehende Rad und suchte das Weite, verfolgt von zwei Angestellten der Firma. Die Spitzbuben müssen dann wahrscheinlich aus Furcht vor einer Entdeckung die Räder in die Brahe versenkt haben.

§ Vertriebene Diebe. In das Kolonialwarengeschäft des Kaufmanns Maximilian Kuth in Myslencinek drangen gestern Nacht unbekannte Täter ein. Der Kaufmann erwachte, als er eine Scheibe klirren hörte und schlug sofort Alarm. Darauf ergriffen die Diebe die Flucht, die bereits alle im Geschäft befindlichen Waren verpackt hatten. Es gelang ihnen jedoch nur, etwas Tabak, Schokolade und ein Silberetui mitzunehmen. — Der Bestohlene ist bereits einmal in der Nacht zum 9. Mai d. J. das Opfer eines großen Einbruchs geworden. Damals konnten die Diebe den ganzen Laden ausplündern.

§ Ein großer Einbruch wurde heute Nacht in das Geschäft des Kaufmanns Viktor Lewandowski, Kornmarkt (Bozowoy Hynel) 7 verübt. Die Täter drückten eine Fensterscheibe von der Gartenseite aus ein und gelangten so in das Innere der Räume. Hier stahlen sie eine Schreibmaschine Marke „Adler 7“, Fabriknummer 254827, im Werte von 900 Zloty und zugeschnittene Lederteile für 28 Aktentaschen. Der Gesamtschaden beträgt 1500 Zloty. Vor dem Geschäft haben die Diebe ein fast neues Fahrrad zurückgelassen. — In der gleichen Nacht wurde in dem Filialgeschäft der gleichen Firma im Hause Warenstraße (Niedzwiedzia) 7 ein Schaufenster eingeschlagen und daraus Handtaschen im Werte von 500 Zloty entwendet.

§ Wegen Bigamie hatte sich der 44jährige Mechaniker Siegmund Danhoffer aus Wilna vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. D., der sich vor dem Kriege in Serbien aufhielt, verheiratete sich dort im Jahre 1911 mit einer Raginiera Burriel. Später verließ er seine Frau und landete schließlich hier in Bromberg, wo er sich im Jahre 1922 zum zweitenmal verheiratete, ohne von seiner ersten Frau geschieden zu sein. D. verteidigt sich vor Gericht damit, daß er zu seiner ersten Ehe von seinem Schwiegervater und dessen Söhnen auf serbische Art mit Revolver und Messer gezwungen worden sei. Er habe sich mit seiner Frau nie als richtig verheiratet betrachtet, auch soll der Metropolit die Ehe für ungültig erklärt haben. Ein den Akten beigefügter Auszug aus dem serbischen Standesamtsregister bestätigt jedoch, daß die Ehe zwischen dem Angeklagten und seiner ersten Frau vollständig legal und den dortigen Gesetzen entsprechend vollzogen worden sei. D. wurde darauf vom Gericht der Bigamie für schuldig befunden und zu sechs Monaten Gefängnis mit zweijährigem Strausausschub verurteilt.

§ Wer sind die Besitzer? Im Städtischen Amt für öffentliche Ordnung wurde eine Damenhandtasche mit Inhalt abgegeben, deren rechtmäßige Eigentümerin sich im genannten Amt, Burgstraße 25, Zimmer 13 melden kann. — Ferner können durch die rechtmäßigen Eigentümer vom 3. Polizeikommissariat folgende Gegenstände abgeholt werden, die zweifellos von Diebstählen herkommen: 1 Herrenuhr, 1 Parfümflasche, 1 Parfümzerständer, 1 Bonboniere, 1 Ritznischservice mit 6 Gläsern, 1 Krawattennadel in einem Etui, 1 goldenes Armband, 1 goldenes Ketten mit Medaillon, 1 Damen-Armbanduhr, 1 goldener Ring mit einem großen grünen Stein, 1 goldener Ring mit einem kleinen blauen Stein, 1 Paar Ohrringe, 1 türkische Schatulle, in der sich ein Bernsteinmedaillon befindet, 1 ovale Brosche mit einem Frauengesicht, 1 Elfenbeinkette, 1 rotes Zinnet, 1 Rolle, 1 Wolltuch, 1 Wollschal, 1 weißer Unterrock, 1 Damenhemd, 1 Sak, 1 Malerpinsel, 1 Battisttischdecke, 5 weiße Spitzen, 8 weiße Oberhemden, 1 Stück Lakenleinen, 5 bunte Unterhemden, 2 bunte Äußer. — Ferner befindet sich im 2. Polizeikommissariat 1 Herrenfahrrad, das auf der Luisenstraße (Getmanstra) von einem Diebe stehen gelassen wurde.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Geflügelzüchterverein. Freitag, den 9., abends 8 Uhr, 5. Wochent. (7870)

Mit dem Auto durch das Brückengeländer Ein noch glücklich verlaufener Autounfall bei Exin

Am gestrigen Tage ereignete sich bei Exin ein Autounfall, der glücklicherweise noch ohne Menschenopfer verlief. Der Direktor Jankowski von der Firma „Ninja“ befand sich mit seiner Limousine in Exin. In der Nähe der Kurve auf der Eisenbahnbrücke auf dem Wege von Exin nach Schubin verlor der Chauffeur plötzlich die Gewalt über den Wagen, der gegen das Brückengeländer rannte und dieses durchbrach. Glücklicherweise verlor sich der Wagen so, daß er nicht auf die Bahnstrecke herabstürzte, sondern zwischen Himmel und Erde schwebend an der Brücke hängen blieb. Die Insassen kamen mit leichten Verletzungen durch Glassplitter davon.

* Exin (Krynja), 7. September. Vorgestern ereignete sich hier ein Autounfall, der beträchtlichen Schaden verursachte. Ein mit Porzellan beladenes Lastauto, das von Kolmar nach Inowroclaw unterwegs war, fuhr in einen Graben. Der Besitzer, ein Kaufmann aus Inowroclaw, erlitt Schnittwunden an Gesicht und Händen. Der Schaden ist sehr hoch, da das Porzellan zum Teil zerschlagen, zum Teil gestohlen wurde. — Seit dem 1. d. M. finden hier wieder nach längerer Zeit Schweinemärkte statt.

§ Gnesen (Gniezno), 7. September. Bei dem Handelskammer Krynja in Gniezno, Gnieznerstraße, drangen in der Nacht zum Montag Einbrecher in die Wohnung ein und entwendeten einen goldenen Ring und ca. 180 Zloty Bargeld. In der folgenden Nacht stahlen wiederum Diebe einen Korb mit ca. 1½ Zentner Tomaten, die Krynja für den Wochenmarkt bereit gestellt hatte. — Bei dem Besitzer Hecht in Rosa bei Gnesen versuchten mehrere Diebe, am Tage Kartoffeln auf dem Felde zu stehlen. Die Frau des

Besizers hegte auf die Banditen einen Hund, worauf die Diebe einige Schüsse abgaben, ohne jedoch zu treffen. Von ihrem Raubzug ließen die Banditen ab und zogen unerkannt von dannen.

z. Inowroclaw, 7. September. Wieder ein Raubüberfall. In der vergangenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr drangen drei unbekannte Strolche durch das Strohdach in die Wohnung des Landwirts Wilhelm Bohm in Biskowik ein, hielten die Hausbewohner mit vorgehaltenen Revolvern in Schach, raubten ca. 25 Zloty und verschwanden darauf im Dunkel der Nacht. Die Strolche hatten schwarze Brillen auf und den unteren Teil des Gesichts mit schwarzen Tüchern verbunden. Die von der Polizei sofort aufgenommenen Verfolgungen blieben bisher ohne Erfolg. — Der heute in Inowroclaw abgehaltene Pferdemarkt war von Käufern und Verkäufern recht gut besucht; auch war reichliches Pferdemarktmaterial vorhanden. Besonders viel Arbeitspferde mittlerer Güte wurden gehandelt. Die Preise schwankten zwischen 200 und 500 Zloty. Minderwertigere Pferde brachten 90 bis 150 Zloty. — Durch ein Feuer vernichtet wurden am Montag gegen Mitternacht in Lipionka, Kreis Inowroclaw, zwei Getreideschober der Landwirtsfrau Pelagja Tomaszewska im Werte von 4500 Zloty. Es wird Brandstiftung vermutet.

z. Posen (Poznań), 8. September. In der vergangenen Woche erst kamen die neuen Zehnloty-Silbermünzen in den Verkehr, und wenige Tage später brachten Falschmünzer bereits Falschstücke in Posen auf den Markt. Am Sonnabend erschienen in mehreren Geschäften der früheren Friedrichstraße eine Frau und versuchte falsche Zehnlotystücke in Zahlung zu geben. In einem Fleischergeschäft wurden die ziemlich plump gefälschten Stücke sofort als solche erkannt und als man ihr die Fälschung auf den Kopf auflegte, verließ sie unter Zurücklassung der Falschstücke eilig den Laden. Kriminalbeamte hatten aber schon vorher beobachtet, daß sie mit einem 20jährigen Wacław Przybylski, Feldstraße 9, auf der Straße verhandelt hatte. Als dieser nun verhaftet werden sollte, gab er Fersengeld und flüchtete nach dem Przepadek zu, unterwegs seine Taschen von weiteren Falschstücken entleerend. Er wurde schließlich verhaftet, und in seiner Wohnung beschlagnahmte man außer mehreren Falschstücken die Einrichtung zur Herstellung der Zehnlotystücke. — Vor dem Appellationsgericht als Revisionsinstanz kam gestern der vor zwei Wochen vertagte Prozeß gegen den Gnesener-Lustmörder Konstantin Stawinski, der wegen Ermordung der kleinen Monika Andrzejewska zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, zum Abschluß. Auf Antrag des Verteidigers war Stawinski in den letzten 14 Tagen auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Die sachverständigen medizinischen Sachverständigen erklärten gestern den Angeklagten für geistig normal und für seine Tat voll verantwortlich. Während der Staatsanwalt wieder auf Todesstrafe plädierte, erkannte das Gericht unter Aufhebung des Urteils der Vorinstanz auf lebenslängliche Zuchthausstrafe. — Aus Verzweiflung über seine andauernde Arbeitslosigkeit verübte der in der früheren Lorenzstraße 28 wohnhafte Florian Klepik Selbstmord durch Gasvergiftung. — Gleichfalls um eine Verzweiflungstat handelt es sich bei einer unbekannten Ende der 20er Jahre stehenden Frauensperson, die gestern von der Warttreppe in die Warthe sprang und sofort unterging. Rettungsversuche waren vergeblich. — Beim Abspringen von einer in voller Fahrt befindlichen Straßenbahn am früheren Wilhelmplatz stürzte ein K. Matajczak hin und zog sich schwere Verletzungen zu. — Beim Reinigen ihrer Glaceehandschuhe mit Benzin, am offenen Licht (!) durch eine Marie Wawrzniak am Renen Markt entzündete sich das Benzin, und die Unvorsichtige trug lebensgefährliche Brandwunden davon. — In der Kasernenstraße wurde der dort unbeaufsichtigt spielende fünfjährige Josef Sikorski von einem Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt.

ph Schönlitz (Colec), 8. September. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete Butter 1,30-1,60, Eier brachten 1,20-1,40.

c. Wągrowitz (Wagrowiec), 5. September. Einen schweren Verlust erlitt ein Besitzer aus der Umgegend. Während des letzten Jahrmarktes kaufte er von einem Zigeuner ein Pferd für den Preis von 500 Zloty. Etwa eine Stunde später legte sich das Tier auf die Seite und kreperte trotz sofortiger tierärztlicher Hilfe. Der empörte Bauer begab sich mit etlichen Händlern und Bekannten zu dem Verkäufer und verlangte energisch die Rückgabe des Geldes. Da die Zigeuner sich hartnäckig weigerten, der Forderung Folge zu leisten, entstand eine heftige Prügelei, die erst durch die Polizei beendet wurde. Die Betrüger wurden verhaftet.

c. Wągrowitz (Wagrowiec), 4. September. In der vergangenen Nacht wurde in der Genossenschaftsmolkerei in Klubzin ein dreifacher Einbruch verübt. Die Diebe, die mit einem Lastauto erschienen waren, zerschlugen das Gitter eines Kellerfensters und öffneten sodann die Kellertür. Fünf Tonnen Butter, 20 Liter Sahne, 50 Pfund Tilfiter Käse luden sie auf ihr Auto und entkamen unerkannt. — Der letzte Jahrmarkt war außergewöhnlich reichlich besetzt. Mittellugute Arbeitspferde brachten 150-250 Zloty, bessere Ware 350-500 Zloty. Der Umsatz war ziemlich reg. Auf dem Viehmarkt kosteten Milchkuhe 110-300 Zloty. Auf dem Schweinemarkt, der in kurzer Zeit leer war, brachten gute Ferkel 40-60 Zloty das Paar.

w. Bytowo, Kr. Mogilno, 7. September. Schöberbrand. In einer der letzten Nächte brach auf dem Felde des Landwirts Pokorski Feuer aus. Es brannten drei Getreideschober restlos nieder. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist zum Teil durch Versicherung gedeckt. — Am vergangenen Sonnabend brachen Diebe bei der Gastwirtsfrau Längert in Rosenau ein und stahlen aus der Kassenkassette 100 Zloty. Gäste, die im Nebenzimmer saßen, hörten Geräusche, verfolgten die Diebe, konnten sie festnehmen und ihnen die Beute abnehmen.

Chef-Redakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straßer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hept; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prągodzi; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 206

Bromberg, Freitag den 9. September 1932.

Pommerellen.

8. September.

Graudenz (Grudziadz).

× **Verpachtung einer städtischen Gärtnerei.** Wie der Magistrat des Städtchens Lössen (Lasin) im Landkreis Graudenz bekanntmachte, beabsichtigt er die dortige städtische Gärtnerei vom 1. Oktober d. J. unter bequemen Bedingungen zu verpachten. Bewerbungen von Reflektanten sind baldigst an die Verpachtungsbehörde zu richten.

× **Die Raupenplage macht sich** in diesem trockenen Sommer besonders empfindlich bemerkbar. Aber was hilft es dem Gartenbesitzer, wenn er energisch gegen die Raupen vorgeht, der weniger ökonomisch denkende und minder ordnungsliebende Nachbar aber seinen Obstbäumen keine die Schädlinge befechtende Behandlung zuteil werden läßt. Da ist dann infolge solcher Rässigkeit des nebenan sein Grundstück Besitzenden die Arbeit des fleißigen und umsichtigen Mannes fast umsonst, da das gefräßige Gewürm von Nachbarns Garten her scharenweise hinüberkriecht. Wenn wir nicht irren, so besteht sogar eine polizeiliche Anordnung, welche die Vertilgung der Raupen zur Pflicht macht. Aber auch ohnedies sollte ein Jeglicher, schon im eigenen wirtschaftlichen Interesse, das seinige tun, um die hier besprochene Plage zu bekämpfen. Besserer Obstertrag und — nachbarliche Anerkennung werden ihm danken.

× **Bei der diesjährigen Ballons, Fenster- und Vorgärten-Prämierung** durch den Verschönerungsverein, innerhalb deren nur Personen ausgezeichnet wurden, die in den Jahren 1929, 1930 und 1931 nicht prämiert worden sind, hat laut bisheriger Bekanntgabe die höchste Auszeichnung, die Ehrenprämie der Stadt, der Besitzer des Grundstücks Lindenstraße (Lipowa) 65/67 — früher „Elysium“ —, H. Minzowski, für die hervorragende floristische Ausschmückung des ganzen Flächeninhalts seines ausgedehnten Frontgartens erhalten. An Prämien ersten Ranges wurden im ganzen 34 zuerkannt.

× **Fortgeworfene Fruchtreste** bilden oftmals die Ursache von Unfällen. Besonders gefährlich sind die, zumal an Markttagen, auf Bürgersteigen wie gefast umherliegenden Überbleibsel von Pflaumen. Ein solches war am Mittwoch in der Unterthornstraße (Toruńska) der Fall, daß ein Passant ausglitt und hinfiel, ohne sich zum Glück ernstlich zu beschädigen. In der Pohlmannstraße (Mickiewicza) hatte vor einigen Tagen eine Frau das gleiche Mißgeschick, wobei sie weniger glimpflich davonkam. Von den Hüttern der Ordnung sollten des Hinwerfens von Obstkernen, -schalen ufm. sich schuldig machende Leute unnachsichtlich festgestellt werden.

× **Für russische Invaliden.** Die hiesige Polizeibehörde nahm eine weibliche Person namens Maria Dyl fest, die bei der Bürgererschaft sammelte, angeblich für russische Invaliden.

× **Wessen Eigentum?** Auf der Kriminalpolizei befinden sich sechs bei Dieben beschlagnahmte Zigarettenetuis, und zwar vier silberne, eins aus Nickel und eins aus vergoldetem Metall. Die Etuis tragen, mit Ausnahme von zwei, Monogramme bzw. Aufschriften. Außer diesen Sachen kann von der Kriminalpolizei auch ein goldener Trauring, gez. J. S. 32, abgeholt werden.

× **Zwei Einbruchversuche.** In der Nacht zum Montag versuchten Diebe in die Korzeniewskische Villa, Mühlenstraße (Młynska) einzudringen. Sie konnten hier aber ihre Zwecke nicht erreichen, da sie von erwachten Hausbewohnern gestört und verschreckt wurden. Ein anderer Einbruch wurde in der gleichen Nacht im Bureau des „Polnik“, Marienwerderstraße (Wybickiego), versucht. Auch in diesem Falle mußten die Epibuben, da sie bemerkt worden waren, leer abziehen.

× **Einbruchdiebstahl.** In der Seifenfabrik von Karol Górny, Culmerstraße (Chelmińska) 173, brachen in der Nacht zum Mittwoch einige Diebe ein und stahlen Seife im Werte von 150 Zloty.

Thorn (Toruń).

× **Der Wasserstand der Weichsel** ist Mittwoch früh mit 0,47 Meter über Normal unter die 1/2-Metergrenze gefallen. Die Wassertemperatur betrug 16 Grad Celsius. — Eingetroffen sind die Dampfer „Witez“, „Francja“ und „Hetman“, von denen die beiden erstgenannten nach Danzig bzw. Dirschau weiterfahren. Nach Warschau starteten der aus Dirschau gekommene Dampfer „Barnećzy“, der aus Danzig eingetroffene Dampfer „Pospieszny“ und Dampfer „Reduta Ordonia“.

× **Apotheken-Nachdienst** von Donnerstag, 8. September, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 15. September, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 11. September, hat die „Central-Apothek“ (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chelmińska) 6, Fernsprecher Nr. 169.

× **Achtung, Hausbesitzer!** Am 1. September ist bekanntlich eine neue Arbeitslosen-Steuer für den Hausbesitz in Kraft getreten, die von den Mietseinnahmen zu zahlen ist. Da hierüber in Hausbesitzkreisen noch große Unkenntnis besteht, seien folgende Erläuterungen gegeben: Die Arbeitslosensteuer ist von den Mietseinnahmen aus dem ganzen Hause zahlbar und beträgt bei einer Monatsseinnahme bis 99,99 Zloty 0,25, von 100 bis 150 Zloty 0,50, von 150 bis 200 Zloty 0,75 und über 200 Zloty 1,00 Zloty. Es ist dies nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, eine Stempelgebühr, sondern eine Steuer, die in Bar zu entrichten ist. Die staatlichen Stempelmarken sind also weiterhin auf Mietquittungen über 50 Zloty Kennwert zu kleben. Frei von der Besteuerung sind nur Wohnungen, die aus einem Zimmer nebst Küche bestehen. — Der § 2 der Ausführungsverordnung besagt, wie diese Steuer zu bezahlen ist. Dies hat innerhalb von 15 Tagen nach erfolgtem Mietsinkasso zu geschehen und zwar beim Magistrat, in Dorfgemeinden bei dem Gemeindevorsteher. Bei der Einzahlung ist eine Aufstellung der für den betreffenden Monat eingenommenen Mieten abzugeben. Wer nicht innerhalb 15 Tagen zahlt, hat eine Strafe bis zu 200 Zloty zu gewärtigen. Erwähnt muß noch werden, daß diese Steuer auch von solchen Klein-

wohnungen mit mehr als einem Zimmer und einer Küche zu zahlen ist, deren Mietseinnahme unter 50 Zloty beträgt und für die die Mietquittung demnach stempelfrei ist. — Zur Erleichterung der Steuerzahlung hat der Magistrat Thorn bereits Büchlein in Druck gegeben, die nach Fertigstellung den Hausbesitzern zugestellt werden sollen. Sie enthalten folgende Rubriken: 1. Laufende Nr., 2. Nummer der Wohnung, 3. erhaltene Miete, 4. Arbeitslosensteuer, 5. Bemerkungen. Die Büchlein werden 20 bis 24 Seiten umfassen und zum Durchschreiben mit Blaupapier eingerichtet sein. Die Steuerkasse des Magistrats wird sodann das Original ausreichen und für sich behalten und auf der Durchschrift den Erhalt des Steuerbetrages quittieren.

× **Der Nachtverkehr der Straßenbahn** auf der Linie I (Stadtbahnhof—Ziegeleipark) wird in der Nacht zum Donnerstag und Freitag wegen teilweiser Neuverlegung der Oberleitung eingestellt.

× **Eine Reihe neuer Schrebergärten** wurde von Straßenbahnern auf dem Gelände an der Ecke Mlanen- und Weißhöferstraße (ul. Reja und Wielka) angelegt. Hier sind auch viele Sommerlauben) z. T. sogar richtige Holzwohnhäuser, entstanden.

× **Drei kleinere Diebstähle** und sechs Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften gelangten am Dienstag zur Kenntnis der Polizei. Wacław Rybacki, Elnerstraße (ul. Chodkiewicza) 10, hat während der Arbeit im Stadtpark verschiedene Dokumente, darunter auch eine Bescheinigung der Aushebungscommission, verloren. — Festgenommen wurden sieben weibliche Personen wegen Übertretung sittenpolizeilicher Verordnungen bzw. unter Verdacht derselben. Außerdem wurden zwei Betrunkene zur Wache gebracht.

× **Aus dem Landkreis Thorn, 7. September.** Seit Monatsfrist vermisst wird der 55 Jahre alte Thomas Kwiatkowski aus Schönwalde (Wrzós). Seine Tochter Walerja hat erst jetzt der Polizei hiervon Mitteilung gemacht. Die Suche nach dem Verschwundenen wurde sofort aufgenommen.

× **of Briefen (Wabrzejno), 7. September.** Feuer brach bei dem Pächter des dem T. Pieńkowski aus Rheinsberg gehörenden Grundstücks im hiesigen Abbau aus. Verbrannt sind Stall nebst Scheune. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Das Feuer soll infolge schadhafte Schornsteins entstanden sein. — Diebe brachen bei dem Landwirt Ewald Buchholz in Drüdenhof ein und stahlen 10 Pfund Speck und 6 Brote.

× **m Dirschau (Tczew), 7. September.** Einen Selbstmordversuch unternahm ein Kaufmann aus Warschau in einem hiesigen Hotel. Er nahm Veronal zu sich und wurde bewußtlos ins hiesige Vinzenzkrankenhaus eingeliefert. Nach einer Magenlavage erlangte der Lebensmüde wieder die Besinnung und befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung.

× **tz. Konig (Chojnice), 7. September.** In dem Koschneiderdorf Frankenhagen kam es zu einem rohen Unfall, dem ein Landwirt vor einigen Tagen zum Opfer fiel. Als er auf das Feld fahren wollte, sprang der Sohn eines Nachbarn auf ihn zu, riß ihn vom Wagen herunter und schlug auf ihn ein. Da der Landwirt sich seiner Haut wehrte, liefen noch der Vater und Bruder des Angreifers hinzu und schlugen auf ihn ein, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die Angelegenheit wurde der Polizei übergeben; der Angreifer droht eine empfindliche Strafe.

× **p Neustadt (Wejherowo), 7. September.** Unfall. Als der siebenjährige Sohn des Kaufmanns Amandus Ganski um 12 Uhr aus der Schule kam, lief er über die Rauenburgerstraße. Dabei kam er unter die Räder eines Autos. Der rechte Oberschenkel wurde gebrochen, so daß er ins Augustahospital gebracht werden mußte.

× **ef Schöensee (Kowalewo), 7. September.** In einem, dem P. Agantaf von hier gehörenden Autobusse brach während der Fahrt Feuer aus, das jedoch rechtzeitig bemerkt und gelöscht wurde. Verbrannt ist nur ein Kasten mit Geräten. — Auf Veranlassung der staatlichen Försterei Chelmonie fanden hier mehrere Hausdurchsuchungen statt. Bei zwei Landwirten wurden größere Mengen gestohlenen Holzes gefunden.

× **x. Gempelburg (Cepólno), 7. September.** Am Dienstagabend wurde bei dem hiesigen Arzt Dr. Fucic am Alten Markt ein Zigeuner eingeliefert, der nach seinen Angaben im Walde von Ilowo hiesigen Kreises zwei Schüsse von einem unbekannten Täter in die rechte Hüfte erhalten hatte. Der Patient wurde nach ärztlicher Untersuchung in das Krankenhaus Wandenburg überführt. — Wie jetzt erst bekannt wird, ist der vor einigen Wochen wegen Diebstahl eines Fahrrades zu zwei Wochen Gefängnis verurteilte 18jährige Leo Niklasz mit einem 16jährigen Kumpen Johann Ruhnau aus Thorn vor längerer Zeit aus der Besserungsanstalt Konitz ausgerissen. Beide Jünglinge sind seitdem verschwunden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

× **e Ciechocinek, 7. September.** Der Polizeiwachmeister a. D. Heinrich Herbst wurde von den Brüdern Jan und Wladyslaw Wycichowski und deren Vettern Jan und Józef Kozłowski auf dem Wege nach Hause überfallen, wobei der ehemalige Wachmeister durch Messerstiche verletzt wurde. In der Notwehr schoß Herbst und verwundete Jan Kozłowski am Bein. Die vier Vettern wurden verhaftet. — In der Kolonie Bóg-pomóz wurde dem Besitzer Marek von Dieben die Wohnung ausgeräumt. Außer Wäsche und Kleidern fielen den Dieben über 12.000 Zloty, die Marek unvorsichtigerweise zu Hause aufbewahrt, in die Hände. — Während eines Tanzvergnügens im Dorfe Orle entstand unter den Gästen eine Schlägerei, wobei der 25jährige Mateusz Kozinski so schlimm bearbeitet wurde, daß er bald seinen Wunden erlag. — In Broniszewo erkrankte beim Baden im Torfgraben der 10jährige Witold Andruszjak. — Feuer vernichtete in Koneck zwei Wohnhäuser, zwei Scheunen und Ställe. Eigentum des Gutsbesitzers Wladyslaw Sulimierski-Koneck. Mitverbrannt sind vier Schweine, 1 Kalb, die gesamte diesjährige Ernte und das ganze tote Inventar der Gutsarbeiter. Das Feuer ist während dem Brotbacken entstanden. — Stanislaw Kicinski hatte seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit der Frau seines Nachbarn Wladyslaw Ulejski-Blowce. Der betrogene Ehemann nahm seinen Freund Wladyslaw Siozminski zur Hilfe, um das Liebespaar zu erwischen. Beiden gelang es auch die Liebenden in einer nicht zu mißdeutenden Lage zu überraschen. Wutentbrannt schlugen Ulejski und Siozminski mit Keulen auf die beiden los. Kicinski blieb als Beiche am Tatorte, während die untreue Frau tödlich verletzt in das Krankenhaus geschafft wurde. Die Täter wurden verhaftet.

Thorn.

Gestern um 2 1/2 Uhr nachmittags entließ in Gott nach langem schweren, mit Geduld getragenen Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Augusta Klechowicz
geb. Kartsch

im Alter von 56 Jahren.

H. Klechowicz
nebst Familie.

Toruń, den 8. September 1932.

Die Ueberführung vom Diakonissen-Krankenhaus Motke nach der Kirche Chrystusa Króla findet am Freitag um 17 Uhr, die Trauermesse mit Vigilien am Sonnabend um 8,15 Uhr und die Beerdigung an demselben Tage um 15,30 Uhr von der Kirche aus statt.

Fachschulen „Berger“

Toruń, Male Garbary 5.
Höherer Handelskurs, Buchhaltungs-Kursus, Reichsstenogr., landw. und jegl. Sekretärlaufe dtsch., poln. usw. Fachleiter an der Schweizer Univers. dipl. Professor.

1 großer Hofhund zu kaufen gesucht. Ang. unt. S. 819 an A.-Exp. Wallis, Toruń.

Lehrfräulein
für die Küche kann sich melden. 7341
Deutsches Heim, Toruń.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 11. Sept. 1932
11. Sonntag n. Trinitatis).
St. Marien-Kirche. Sonnabend, 7 1/2 Uhr Wochenandacht, Pfarrer Steffan, Sonntag, vormitt. 12 Uhr Kinder Gottesdienst.
St. Georgen-Kirche. Sonnabend, 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Heier, 11 1/2 Uhr Kinder Gottesdienst, Sonntag, abds. 7 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer.
St. Marien-Kirche. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder Gottesdienst.
St. Marien-Kirche. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder Gottesdienst.
St. Marien-Kirche. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder Gottesdienst.
St. Marien-Kirche. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder Gottesdienst.

Graudenz.

Nach überstandener Krankheit habe ich am 3. September d. J. meine Sprechstunden wieder aufgenommen

Dr. Zambrzycki

Spezialarzt für innere und Nervenleiden

Röntgeninstitut

Sprechstunden von 9—1 und 3—5

Grudziadz, ul. Ogródowa 35. Telefon Nr. 690

Klavierunterricht

erteilen Anfängern u. vorgeschrittenen Schülern gegen zeitgemäßes Honorar

Elisabeth Widardt Agathe Brin

Wybickiego 47, II 6987 Ogródowa 15, II

Tanz-Unterricht

im Hotel „Zum Goldenen Löwen“.

Der Kursus beginnt am 23. Septemb., abends 7 1/2 Uhr. Unterricht in allen Tänzen, modern, in vornehmer, neuester Stilart. Einzel-Unterricht zu jeder Zeit. Anmelde. täglich erbeten.

A. Rożyńska, Szkolna 11, 2 Tr.

Klavierunterricht

erteilt

Margarete Bartel, Lipowa 32b

Deutsche Bühne — Grudziadz, G.B.

Donnerstag, den 15. September 1932,

um 20 Uhr im Gemeindehause:

Ordnung

Haupt-Versammlung

1. Jahresbericht

2. Rassenbericht

3. Spielplan

4. Anträge und freie Aussprache

5. Vorstandswahl.

Zu dieser Hauptversammlung laden wir alle Mitglieder und Mitwirkenden der Dtsch. Bühne und der Gemeindeverwaltung ein.

Der Vorstand

J. A.: Arnold Ariedte.

Für Konzerte

Gesellschaften u. Tanz.

empfehlen sich

Apelle R. Jeske,

Lipowa 102.

Uebersetzung, sowie

Umschreibungen

in Maschinenstr., dtsch.,

polnisch, werden solide

und billig ausgeführt.

Weiß, Plac 23 Sycznia 31

Telefon 62. 7346

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 11. Sept. 1932

(16. Sonntag n. Trinitatis)

Evangel. Gemeinde

Graudenz. Sonn. 10 Uhr

Bibl. 8 Uhr Kirchenchor,

8 1/2 Uhr Jungmädch.

verein, 8 Uhr Jungvolk.

Heimabend, Dienstag, ab.

8 1/2 Uhr Posaunenchor, Mitt-

woch, abds. 6 Uhr Bibel-

stunde, 8 Uhr Kirchenchor,

8 1/2 Uhr Jungmädch.

Heimabend, Donnerstag, abds. 8 Uhr

Jungmännl. Verein, Frei-

tag, nachm. 4 Uhr Frauenhilfe.

Stadtmillion Graudenz,

Ogródowa 9—11.

Bleibt Polen im Völkerbundrat?

Die Türkei als Konkurrent.

Die „Germania“, das Berliner Zentrums-Organ, läßt sich von ihrem Genfer Berichterstatter interessante Einzelheiten über die Ansprüche und Möglichkeiten bei den bevorstehenden Wahlen von drei nichtständigen Mitgliedern zum Völkerbundrat melden. Es heißt dort u. a.:

„Alljährlich stellt sich mit schöner Regelmäßigkeit vor der Völkerbundversammlung — die diesmal bekanntlich mit einiger Verspätung, nämlich am 26. September, zusammentritt — die Frage, welche neuen Mitglieder in den Völkerbundrat gewählt werden sollen. Denn jedes Jahr erlischt das Mandat von drei nichtständigen Ratsmitgliedern (wie man weiß, sind die 14 Sitze im Völkerbundrat unter fünf ständige Ratsmächte — Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan — und neun „nichtständige“ Mitglieder verteilt, deren Mandat je drei Jahre läuft). Bisher war die Frage der Nachfolgerwahl kein Problem; denn mit derselben Regelmäßigkeit, mit der sie sich jährlich stellte, wurden jedes Jahr je drei Vertreter bestimmter kontinentaler oder politischer bedingter Staatengruppen neu gewählt, etwa ein Mitglied der kleinen Entente oder ein Vertreter der skandinavischen Staaten, wenn Mitglieder dieser Staatengruppen aus dem Rat ausgeschieden waren, — und es war ungeschriebenes Gesetz, daß Nachfolger einer asiatischen Macht nur ein asiatischer Staat, eines südamerikanischen Landes wieder nur ein anderes südamerikanisches Land werden konnte. . . .

Die gleiche Tradition hat nun den Übelstand zur Folge gehabt, daß zahlreiche Staaten, die weder als „Großmächte“ ständige Ratsitze inne hatten, noch irgendeiner Staatengruppe angehörten, keine Möglichkeit mehr sahen, selber einmal einen Ratsitz zu bekommen. Länder wie Bulgarien, Österreich, Ungarn, Portugal, Dänemark, Estland, und manche andere schienen ein für allemal vom Vorzug, Mitglieder des hohen Genfer Rates zu werden, ausgeschlossen zu sein, zumal Polen und Spanien sich ihre „Wiederwählbarkeit“ bestätigen ließen. Diese Tatsache führte im vergangenen Jahre zum portugiesischen Antrag, die Zahl der Ratsitze von 14 auf 15 zu erhöhen und den neu aufzunehmenden Ratsitz jeweils für eines dieser bisher benachteiligten Länder freizuhalten. Dieser Antrag stieß jedoch auf keine Gegenliebe, und wurde namentlich von den Großmächten sehr bald „erledigt“.

„Immerhin ist damit die Frage der Verteilung der Ratsitze einmal angeschnitten, und bei der bevorstehenden Neuwahl zum Völkerbundrat, welche die nächste Völkerbundversammlung vorzunehmen haben wird, kommt zum Überfluß noch ein neues Moment hinzu, das die Lösung nicht gerade vereinfacht: Im letzten Jahre sind zwei Staaten Mitglieder des Völkerbundes geworden, denen man eine besondere politische Bedeutung nicht absprechen kann — Mexiko und die Türkei —, und beide Länder dürften allem Anschein nach auf einen Ratsitz rechnen. Drei Ratsitze werden frei — diejenigen Polens, Perus und Jugoslawiens. Es ist wahrscheinlich, daß Mexiko als latein-amerikanischer Staat ohne weiteres den Ratsitz Perus erhält; es ist sicher, daß Jugoslawien durch einen Staat der kleinen Entente, und zwar durch die Tschechoslowakei, die jetzt „an der Reihe“ ist (vor Jugoslawien war Rumänien Mitglied des Rates!) abgelöst wird. Was aber geschieht mit dem Anspruch der Türkei? Man weiß, daß Polen beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig einen ständigen Ratsitz forderte, und daß es dafür die Zusicherung der Wiederwählbarkeit als Pfaster erhielt. Wiederwählbar für den Völkerbundrat kann ein Staat nur mit den Stimmen von zwei Dritteln der Völkerbundversammlung, also mit 38 von 56 Stimmen, werden. Die Wiederwählbarkeitserklärung gilt jeweils nur für eine Wiederwahl. Polen ist bereits im Jahre 1929 „wiedergewählt“ worden, es müßte also jetzt zunächst erneut für „wiedergewählbar“ erklärt werden und dazu 38 Stimmen in der Völkerbundversammlung aufbringen. Polen ist ununterbrochen sechs Jahre hintereinander Mitglied des Völkerbundes gewesen. Auf der anderen Seite steht die Türkei, ein neuer Mitgliedsstaat, um dessen Beitritt der Völkerbund sich nicht unerheblich bemüht hat. Die Türken wollten ursprünglich dem Genfer Bund überhaupt nur beitreten, wenn man ihnen einen ständigen Ratsitz verspräche, sie also als Großmacht behandelte. Sie sind schließlich doch ohne dieses Versprechen beigetreten, ja, sie haben sich nicht einmal ihre Wahl als nichtständiges Ratsmitglied in diesem Jahre zusichern lassen — aber daß sie diese Wahl erwarten, ist ganz sicher.“

Zum Schluß bemerkt die „Germania“, daß sie an sich nicht gegen die Wiederwahl Polens sei; aber Polen habe „oft seine Pflichten gegenüber den Minderheiten verletzt“, wofür die Vektoren selbst der diplomatischen und parteiischen Ratsprotokolle hinreichender Beweis sei. Dagegen hätte sich gerade die neue Türkei durch ihre Minderheitenpolitik ausgezeichnet, und man brauche nicht zu befürchten, die Türkei in Minderheitenfragen auf der „Anlagebank“ des Völkerbundes setzen zu müssen.

Polen soll verzichten . . . ?

Unter der Überschrift „Nicht kandidieren“ tritt der „Kurjer Polski“, ein dem Regierungslager nahestehendes Blatt, dafür ein, daß Polen in diesem Jahre zum Völkerbund nicht kandidieren solle. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Wir schreiben schon mehrmals über die diesjährigen Errungenschaften des Völkerbundes, oft bis zum Ermüden; denn unsere lesende Öffentlichkeit interessiert sich immer weniger dafür, was am Genfer See passiert, und liest immer weniger gern Auslassungen über die Genfer Institution. In dieser Unlust liegt übrigens eine ziemliche Dosis gesunden Instinkts; denn die politische Tätigkeit des Völkerbundes (seine humanitäre und sanitäre Tätigkeit wollen wir vorläufig beiseite lassen, weil sich der Völkerbund auf diesem Gebiete tatsächlich imponierende Ergebnisse rühmen kann) hat schon lange alles eingebüßt, was besonders unsere Öffentlichkeit interessieren könnte und sollte. Bekanntlich läuft in diesem Jahre die Kadenz Polens zum Völkerbundsrat ab. Nach der Geschäftsordnung, die im Jahre 1926 festgelegt wurde, muß Polen ¼ der Stimmen erhalten, um überhaupt das Recht auf Wiederwahl zu haben. Dies läßt einen erbitterten Kampf erwarten. Man braucht nun kein gerissener Politiker sein, um zu begreifen,

daß auf dem Genfer Boden mächtige Kräfte gegen uns wirken,

die alles tun werden, was sie können, um die Wahl Polens zu verhindern. Ohne dem endgültigen Ergebnis dieses Kampfes vorzugreifen, muß man sich doch darüber klar werden, ob es sich denn überhaupt lohnt, den Kampf aufzunehmen. Der Völkerbund macht jetzt ernste innere Schwankungen durch. Seine Autorität ist erschüttert und seine Zukunft ist leider zweifelhaft. Diese Worte sind übrigens von keinem Vorurteil diktiert oder von irgendeiner grundsätzlichen Abneigung. Ganz im Gegenteil, unser Blatt hat stets den Genfer Ereignissen sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet, und es hat versucht, selbst in sehr schweren Stunden, in denen das Interesse Polens ernststen Gefahren ausgesetzt war, in dem Genfer Wirrwarr gesunde und lebenskräftige Dinge gläubig zu suchen. Heute aber hat sich die allgemeine Lage grundsätzlich geändert. Selbst der verblendete Anhänger der Völkerbundsideale muß ernsthaft nachdenken, bevor er ihre weitere Propaganda beginnt.

Der weitere Verbleib im Völkerbundrat belastet Polen heute mit einer ungemein schweren Verantwortung und zieht es, ganz unnötig, in den Strudel von Verwicklungen, die es überhaupt nichts anzugehen brauchen.

Er hemmt gleichzeitig seine Bewegungsfreiheit in einer ganzen Reihe von Fragen, in denen man außerhalb des Völkerbundes und unabhängig von ihm bedeutend mehr erzielen könnte, als wenn man in diesem Areopag bliebe.

Bei der heutigen internationalen Lage brauchen wir uns mit der Aktivierung, wie der beliebte Ausdruck der Opposition heißt, unserer Außenpolitik nicht zu beileben. Als weit praktischer könnte es sich erweisen, auf dem errungenen Posten zu bleiben und seinen Bestands zu überwachen. Das alles aber läßt sich weit besser und bequemer machen, wenn man die zweifelhafte Würde der Zugehörigkeit zum Völkerbundrate von sich wirft. Das bedeutet natürlich nicht, daß unser Nichtkandidieren zum Völkerbundrat einen Bruch Polens mit dem Völkerbunde überhaupt darstellen sollte. Es gibt wohl in Polen keinen noch so wahnwitzigen Politiker, der heute einen solchen Rat gäbe. Wir unsererseits sind weit davon entfernt, etwas Ähnliches zu tun. Polen war und bleibt der Völkerbundsidealen treu und wird auch dem Völkerbund treu bleiben, wenn er diese Ideale in Kraft treten lassen wird. Aber heute zusammen mit anderen Großmächten, die im Völkerbundrate sitzen, sich aber in einer ganz anderen Lage als Polen befinden, die Verantwortung zu tragen für die krämerhaften Drehereien und Machenschaften, wehrloser Zeuge dessen zu sein, was in Genf vor sich geht, schon allein auf dem deutsch-völkerbundpolitischen Abschnitt durch unzählige Paragraphen behindert, für alles verantwortlich zu sein, was der Rat im Verlauf der drei nächsten Jahre tun wird, ohne greifbare Vorteile davon zu haben, außer reinen Prestigerückichten — das alles ist eine ganz unpraktische und irrationale Rechnung. Wir wissen nicht, ob unsere Stimme Einfluß haben und dorthin vordringen wird, wohin sie dringen sollte, aber trotzdem rufen wir sehr laut:

In diesem Jahre soll Polen zum Völkerbundrat nicht kandidieren, abseits bleiben und sehen, was aus diesem ganzen Wirrwarr herauskommt, bei dem gewiß am besten diejenigen fahren werden, die möglichst weit davon entfernt stehen.“

wegen und Dänemark verlegt werden, damit die Fahrgäste aus diesen Ländern die Möglichkeit haben, dort für die weitere Reise nach Südamerika Anschluß zu haben. Mit einer eventuellen Landung in Southampton in England erstreckt sich die erste Flugstappe bis zum Hafen von Cadix, an der Südküste der pyrenäischen Halbinsel. In Cadix sollen Passagiere, Güter und Postsendungen aus dem süd-europäischen Ländern verpackt werden.

Die weitere Route führt an der westlichen Küste Afrikas entlang mit den Zwischenlandungen in Kap Juby und Dakar. Von Dakar aus soll der weitere Flug in süd-westlicher Richtung quer über den Südatlantik vor sich gehen. Es ist interessant, daß die Überquerung des Ozeans an dieser engsten Stelle keinesfalls als Nonstop-Flug gedacht ist. Mitten im Atlantik, nördlich von den St. Paul-Klippen, soll

ein großes Flugzeugmutter Schiff verankert

werden. Dieses Schiff, das etwa 20 000 Tonnen Wasser verdrängung haben soll, wird dem Dornier-Wal als Landungsplatz dienen und darüber hinaus als Depot für Flugzeug und Verpflegung mit Benzin und Öl ermöglichen. Die letzte Ozean-Flugstappe erstreckt sich über die Insel Fernando Noronha nach dem Hafen Pernambuco an der Ostküste Brasiliens. Von Pernambuco aus soll durch einen Küstenflug mit Zwischenlandungen in Bahia und Rio de Janeiro die Reise in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires ihren Abschluß finden.

Die ganze Strecke, die etwa 12 000 Kilometer lang ist, soll in zirka

neunzig Flugstunden

zurückgelegt werden, während der schnellste Dampfer etwa achtzehn bis neunzehn Tage unterwegs ist. Die deutsche Luftflotte beabsichtigt, zuerst auf der südatlantischen Fluglinie nur Fracht- und Postverkehr zu unterhalten und zwar in jeder Richtung zweimal in der Woche. Nachdem die Zuverlässigkeit des südatlantischen Flugverkehrs erwiesen ist, soll mit dem Passagierverkehr begonnen werden. ky.

Matrosenrebelte auf einem Amerika-Dampfer.

Im Verlauf des noch in unverminderter Stärke fortbauenden Streiks in der holländischen Seeschiffahrt hat sich ein in der modernen Schifffahrt nicht oft zu verzeichnender Zwischenfall auf dem 24 000-Tonnen-Passagierdampfer „Rotterdam“ der Holland-Amerika-Linie ereignet.

Da die Reederei das Schiff in der Fahrt und die Mannschaft außerhalb des Konflikts zu halten wünschte, erteilte sie dem Kapitän die Weisung, auf der Rückreise aus Amerika nicht in den Heimathafen Rotterdam einzulaufen, sondern die Passagiere, unter denen sich auch die nach Holland zurückkehrende holländische Olympia-Mannschaft befand, in dem französischen Hafen Boulogne abzusetzen. Dies ist auch geschehen und die Passagiere haben von dort aus auf dem Eisenbahnwege ihre Reise fortgesetzt. Als jedoch der Kapitän mit seinem Schiff von Boulogne nach Southampton abgehen wollte, ergaben sich Schwierigkeiten mit der Mannschaft, die inzwischen von dem Streik aus dem Kenntnis erhalten hatte. Auf der Fahrt nach Boulogne entdeckte die Mannschaft nämlich in den Kajüten der Passagiere Anschläge, daß das Schiff nicht fahrplanmäßig nach Rotterdam durchfahren werde, sondern daß die Passagiere in Boulogne anschiffen und von dort aus nach England, nach Southampton, gehen. Hierbei kam es zwischen ihm und der Mannschaft zu einem ersten Zusammenstoß. Die Mannschaft, die durch das Überumpelungsmanöver gereizt war, verweigerte den Gehorsam bis der Kapitän schriftlich versprach, das Schiff nach Rotterdam zurückzuführen. Dieses Versprechen hat Kapitän Dulkan jedoch zu drei Malen gebrochen, indem er immer wieder versuchte, dem Schiff den Kurs nach Southampton zu geben. Dreimal antwortete die Mannschaft damit, daß sie die Kesselheizer an Halbfener setzte und die Feuerung zulebt, als das Schiff auf der Höhe von West Sinder vor Anker gegangen war, überhaupt nicht.

Die Regierung, in der Meinung, an Bord sei eine offene Meuterei ausgebrochen, sandte nach dem ankommenden Schiff eine Schaluppe mit 32 Marinesoldaten unter Anführung eines Leutnants. Später entsandte sie sogar einen Torpedobootsjäger. Die Marinesoldaten nahmen von der „Rotterdam“ mit entschärftem Gewehr Besitz, fanden jedoch an Bord alles ruhig. Der Anführer des Truppenteils versuchte ein letztes Mal, die Mannschaft zum Gehorsam gegen den Kapitän zu bewegen, da in Southampton tausend Passagiere für Amerika auf die Ankunft des Schiffes warteten. Die Mannschaft einschließend der Offiziere antwortete mit Nein. Als nunmehr ein Telegramm von der Direktion der Schifffahrtlinie eintraf, das Schiff solle endgültig zurückkehren, wurde es von drei Schleppdampfern der Nieuwe Waterweg hinan nach Rotterdam gezogen. An der Wilhelmkana-Kade, dem Liegeplatz des Schiffes, waren große Menschenmengen versammelt, die das Schiff mit Hurra-Rufen begrüßten. Ein sehr großes Polizeiaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der Ordnung.

Ein Monat Gefängnis wegen eines beleidigenden Plädoyers.

Bei Verteidigung von sieben Kommunisten, die sich am 1. September vor dem Schöffengericht Blankenburg (Hara) wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs in Hannover zu verantworten hatten, hatte Rechtsanwalt Frank (Braunschweig) in seinem Plädoyer schwere Vorwürfe gegen den Zeugen Polizeihauptwachmeister Mielowski vorgebracht. Er hatte den Beamten der Körperverletzung, des Amtsmissbrauchs, der Freiheitsberaubung und des Falschheides beschuldigt.

Der Beleidigte stellte Strafantrag, und der Staatsanwalt erhob Anklage, die vor dem Amtsgericht Blankenburg im Schnellverfahren verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, nachdem der Angeklagte ohne weiteres zugegeben hatte, die ihm zur Last gelegten Vorwürfe zumindest dem Sinne nach getan zu haben. Der Schnellrichter verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis und zur Tragung der Kosten.

Regelmäßiger Flugverkehr Deutschland—Südamerika.

Mit Dornier über den Südatlantik.

Die seit fünf Jahren geplante Flugroute Berlin—Buenos Aires geht ihrer Inbetriebsetzung entgegen. Die deutsche Luftflotte beabsichtigt, im Herbst mit dem regelmäßigen Flugverkehr zwischen Deutschland und Südamerika zu beginnen. Als Verkehrsmittel kommt das Wasserflugzeug Dornier-Wal in Betracht. Die Entwicklung der letzten Jahre hat nämlich den Beweis erbracht, daß mit Landflugzeugen zwar große sportliche Leistungen erzielt werden können, aber sich dieselben für reguläre und sichere Flugverbindung über den Ozean wenig eignen.

Die Proben, die bei der deutschen Luftflotte mit dem neuen großen Dornier vorgenommen wurden, bezweckten in erster Linie die

Lösung der Notlandungsfrage.

Für den Ozeanflugverkehr ist es naturgemäß von großer Wichtigkeit, daß das Flugzeug ohne weiteres auf dem Wasser und insbesondere auf hoher See notlanden und wieder starten kann. Auch muß es stabil genug sein, um sich längere Zeit über Wasser zu halten, bis die atmosphäri-

schen Verhältnisse die Fortsetzung des Fluges erlauben oder, wenn es sich um irgend eine Beschädigung des Apparates handelt, bis die ersuchte Hilfe die Schiffbrüchigen von der Gefahr befreit.

Die Lösung dieser Aufgaben hat vier Jahre in Anspruch genommen. Um die erwünschte Stabilität des Wasserflugzeuges zu erreichen, mußte

ein neuer Dornier-Typ

geschaffen werden, und zwar ein 18 Tonnen Flugapparat, der ausschließlich auf der Fluglinie Berlin—Buenos Aires verkehren soll. Das neue Flugboot ist 28 Meter lang und kann, abgesehen von der Mannschaft, zwelundzwanzig Passagiere an Bord nehmen. Das Beergewicht beträgt 10 Tonnen. Mit 4500 Liter Brennstoff in seinen Tanks hat das Wasserflugzeug einen Aktionsradius von etwa 1000 Kilometer. Seine Höchstgeschwindigkeit erreicht 215 Stundenkilometer, während die Durchschnittsgeschwindigkeit beim Ozeanflug zirka 175 Kilometer pro Stunde betragen soll. Das Flugboot ist mit vier Hispano-Suizamotoren ausgestattet von je 600 PS.

Die Ozeanflugroute

wird ihren Ausgang in Travemünde nehmen. Abgesehen von dem Fluganschluß aus Berlin sollen nach Travemünde auch Fluglinien von Rußland, Finnland, Schweden, Nor-

Zur Belebung der Wirtschaft im Reich.

Berlin, 7. September.

Die vom Reichspräsidenten unterzeichnete Verordnung zur Belebung der Wirtschaft wird jetzt in einem ausführlichen amtlichen Communiqué begründet und erläutert. Im Nachstehenden sei eine eng zusammengefaßte Darstellung der wichtigsten Bestimmungen der Verordnung selbst und der gleichzeitig erlassenen Verordnung, in der von der Ermächtigung zu weitgehenden sozialpolitischen Maßnahmen Gebrauch gemacht wird, wiedergegeben:

Steuernachlaß durch Steuergutscheine.

Im ersten Teil der Verordnung, der von der „Entlastung der Wirtschaft“ handelt, wird bestimmt:

Vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig werdende Umsatzsteuern, Gewerbesteuer, Grundsteuer oder Beförderungsteuer entrichtet oder während dieser Frist innerhalb eines Kalendervierteljahres im Durchschnitt mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erwirbt Anspruch auf Steuernachlaß. Dieser Nachlaß wird in der Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1935 bei der Entrichtung von Reichsteuern durch Annahme von Steuergutscheinen gewährt. Die Gutscheine werden ausgegeben bei der Beförderungsteuer in voller Höhe, bei den anderen Steuern in Höhe von 40 v. H.

In diesem Teil der Verordnung wird auch bestimmt, daß die Zuschläge für Steuerrückstände von 1½ auf 1 v. H. für jeden angefangenen halben Monat herabgesetzt werden. Für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, zur Teilung von Wohnungen und für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen darf der Reichsfinanzminister bis zu 50 Millionen Mark ausgeben.

Reform der Sozialpolitik.

Im zweiten Teil der Verordnung wird die Reichsregierung beauftragt, die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Sie wird ermächtigt, Vorschriften zu erlassen über die Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalls, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit, der Invalidität und des Todes; die Ermächtigung erstreckt sich auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Anbringung der Mittel, auf die Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrags, des Tarifvertrags, des Schlichtungswesens und des Arbeitsschutzes.

Von dieser Ermächtigung hat die Regierung für das Gebiet des Tarifvertrags in einer zweiten Verordnung sofort Gebrauch gemacht. Diese Vollzugsverordnung ermächtigt den Arbeitgeber, wenn er die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrt, die Tarifpläne zu mildern, und sie ermächtigt außerdem den Schlichter, für Betriebe, die besonders gefährdet sind, den Tariflohn innerhalb eines festgelegten Spielraums zu ermäßigen. Der Arbeitnehmer soll von dem bisherigen Gesamtlohn aber höchstens 12½ v. H. einbüßen dürfen, und diese Höchstgrenze wird bei einer Vermehrung der Belegschaft um ein volles Viertel erreicht. Die Verordnung gibt dem Arbeitgeber die gesetzliche Ermächtigung zur Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze, ohne daß hierzu eine Änderung des Arbeitsvertrages erforderlich wird. Dort, wo der Schlichter eingreift für Betriebe, die besonders gefährdet sind, darf die Lohnermäßigung bis zu 20 v. H. der tariflichen Löhne erfolgen.

Kreditermächtigung für Genossenschaften.

Im dritten Teil der Verordnung wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Behebung finanzieller Notstände für Darlehen, die an gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depostengesetz betreiben, sowie an Warenzentralen der Konsumgenossenschaften zu Stützungswecken gegeben wurden, Garantien bis zur Höhe von 45 Millionen zu übernehmen und sich zur Zahlung von Zinszuschüssen bis zur Höhe von 3,4 Millionen zu verpflichten. Außerdem wird der Finanzminister ermächtigt, zur Aufrechterhaltung

Bularester Empörung gegen Frankreich.

„Die Türkenherrschaft war besser als die Pariser Diktatur.“

Anfang der Woche ist in Bukarest die Sachverständigenkommission des Völkerbundes eingetroffen, die die Finanzlage Rumäniens prüfen soll. Nachdem Ende Mai die Regierung Jorga durch den französischen Finanzfachverständigen Rist gestürzt worden ist, wurde die neue Völkerbunds-Kommission in Bukarest mit sehr gemischten Gefühlen empfangen. Die rumänische Regierung hatte ursprünglich gehofft, durch die Vermittlung der Sachverständigen eine neue Anleihe zu erhalten. Schon vor dem Eintreffen der Kommission ist aber von Paris deutlich gemacht worden, daß neue Gelder dort auf keinen Fall bewilligt werden könnten.

Die Völkerbunds-Kommission hat sofort nach ihrer Ankunft die unverzügliche Revision des landwirtschaftlichen Umschuldungsgesetzes verlangt und außerdem gefordert, daß bereits am Mittwoch dem Parlament ein neuer Entwurf vorgelegt werden solle, nach dem sich die Umschuldungsbedingungen für die rumänischen Bauern wesentlich schlechter stellen sollen.

Nun hat früher der König selbst weiten Bauernkreisen eine 50prozentige Schuldenstreichung und andere Zahlungsverleichterungen zugesagt, die jetzt auf Druck des auf seine Binsen bedachten französischen Kapitals rückgängig gemacht werden sollen. In Bukarest verkünden nun Plakate der Landwirtschaftsverbände,

daß Rumänien nicht einmal zur Zeit der Türkenherrschaft von Stambul so würdelos behandelt worden sei wie jetzt von Frankreich.

In mehreren öffentlichen Protestversammlungen erklärten die Redner, daß sich die vielgeschmähten Deutschen während der Okkupationszeit im Verhältnis zu den Methoden des Sachverständigen wie die Engel benommen hätten. Das Parlament wird spöttisch als eine französisch-rumänische Akverschacht bezeichnet.

Auch innerhalb der regierenden nationalrumänischen Partei ist die Opposition gegen die Forderung der Sachverständigen des Völkerbundes außerordentlich groß. Man rechnet damit, daß der Finanzminister Titulescu, der

des Wirtschaftslebens in den Grenzgebieten bis zu 50 Millionen Garantien zu übernehmen oder Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Die Bürgersteuer.

Die Gemeinden, die für das Jahr 1931 Bürgersteuer erhoben haben, werden ermächtigt, sie auch im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932 in der Höhe der Hälfte des Steuerjahres weiter zu erheben, mit dem sie für das Rechnungsjahr 1931 erhoben wurde. Der 50prozentige Zuschlag für die Ehefrau kommt in Fortfall, und der Steuerbetrag wird außerdem um 25 v. H. gekürzt, weil die Einkommen seit jener Veranlagung erheblich zurückgegangen sind. Für 1933 soll die Bürgersteuer ebenfalls erhoben werden ohne den Zuschlag für die Ehefrau. „Machgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober des vorausgegangenen Jahres.“

Die übrigen Kapitel betreffen die Anpassung der Gehälter bei den vom Reich subventionierten Unternehmungen an die der Reichsbeamten. Soweit bei den Gemeinden und bei den Versorgungsbetrieben, an denen das Reich, Länder oder Gemeinden mit mehr als einem Drittel beteiligt sind, die Dienstbezüge und die Stundenlohnbezüge die Bezüge bei den entsprechenden Arbeitnehmern bei den Reichsverwaltungen übersteigen, können sie ebenfalls beanstandet werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion gegen die Wirtschaftsverordnung.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, in welchem die Aufhebung der von der Reichsregierung am 4. d. M. erlassenen Wirtschafts- und Finanzverordnung gefordert wird. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kündigt an, daß Reichskanzler von Papen noch vor der Abstimmung über den Antrag der Opposition den Reichstag in der Dienstagssitzung auflösen werde.

Papens Wirtschaftsprogramm —

Optimismus in England

London, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times“ nennen das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Regierung einen großzügigen Angriff gegen die Arbeitslosigkeit. Es erzeuge Bewunderung für den Mut des Reichskanzlers. Die Ergebnisse würden mit allergrößtem Interesse verfolgt werden. Die Deutsche Regierung erfreue sich vieler besonderer Vorteile. Durch tatkräftiges Handeln und geschicktes Vorgehen habe sie sich eine Stellung verschafft, die die Regierung vom Reichstag unabhängig macht. Papen habe den Gedanken der Autarkie, die kürzlich von den Nationalsozialisten gefordert wurde, aufgegeben. Die Verhältnisse in Deutschland rechtfertigten allerdings mehr als in anderen Ländern die großzügige Maßnahme einer Kreditinflation. Eine Besserung der Lage in Deutschland könne nur dann von Dauer sein, wenn sich die Lage in der Welt allgemein verbessere.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, daß nach Ansicht der Großhändler die Depression ihren tiefsten Stand erreicht habe und daß eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. Der Hauptstoß für die bessere Stimmung in Deutschland gehe natürlich von dem Programm der Papen-Regierung aus.

Die „Daily Mail“ warnt vor einer über Spekulation. Die Ansicht über das deutsche Finanzgebahren hätte sich letzten wesentlich geändert. Heute sei das Vertrauen wieder belebt worden trotz der politischen Unsicherheit. Die gegenwärtige Lage zeichne sich eher durch das Vertrauen in die deutsche Leistungsfähigkeit als durch eine wesentliche Verbesserung der jetzigen Lage aus.

Auch der „Daily Express“ beurteilt die wirtschaftliche Lage sehr optimistisch, während der „Daily Herald“ vor Überreibungen warnt.

sich auf die Formeln der Völkerbunds-Kommission festgelegt hat, in den nächsten Tagen gestürzt werden wird. Der Rücktritt des Finanzministers kann aber sehr leicht zur Gesamtemission des Kabinetts führen. Da die die Regierung führende Bauernpartei sich schwerlich in einen scharfen Gegensatz zu der gesamten rumänischen Bauernmasse bringen lassen kann, ist die politische Entwicklung Rumäniens in den nächsten Wochen in Dunkel gehüllt. Schon tauchen wieder die seit Jahren erwähnten Diktaturpläne auf. Eine erfolgreiche autoritäre Regierung wäre jedoch in Rumänien nur möglich, wenn sie entweder von Manu oder von Titulescu geführt würde. Beide Politiker haben aber bisher sich nicht dazu bereit gefunden, die Regierung zu übernehmen, ehe nicht eine Reihe von Vorfragen, die die persönlichen Verhältnisse des Königs betreffen, geklärt sind.

Toko be ruhigt die Großmächte.

Die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens hatten im japanisch-mandschurischen Ministerium Rückfragen wegen des japanisch-mandschurischen Vertrages gestellt. Der stellvertretende Außenminister, Arita, hat den Vorkämpfern daraufhin mitgeteilt, daß Japan „in der nächsten Zeit die Großmächte über seine mandschurische Politik aufklären und den Völkerbund über die Anerkennung des mandschurischen Staates durch Japan unterrichten werde.“

Inzwischen gehen trotz aller beruhigenden Erklärungen die kriegerischen Operationen in der Mandschurei weiter. So kam es am Montag zu einem erbitterten Gefecht regulärer japanischer Truppen mit chinesischen Kontingenten, die den Versuch machten, die Stadt Charbin zu besetzen. Zur Verstärkung der japanischen Garnison sind zwei Regimenter aus Tschangtschun in Charbin eingetroffen.

Neben diesem dauernden, verbissenen Kleinkrieg, unter dem das Land schwer leidet, steht drohend in der ganzen Nordmandschurie eine Hungersnot, die durch die jüngsten riesigen Überschwemmungen hervorgerufen worden ist.

Der Bericht der Mandschurei-Kommission unterzeichnet.

Peking, 6. September. Im Deutschen Hospital wurde Sonntag der Bericht der unter Vorsitz von Lord Lytton arbeitenden Völkerbunds-Kommission unterzeichnet, da Präsident Lord Lytton sich seit Monat Juli im Krankenhaus befindet. Lytton erklärte, daß der Bericht aus etwa 400 mit der Maschine geschriebenen Seiten bestehe. Die Kommission habe einstimmig den Bericht gebilligt, der vom Völkerbund veröffentlicht werden soll.

Heute traf Lord Lytton, von Peking kommend, mit einem Flugzeug des Marshalls Changhsuehliang hier ein. Er wird sich heute nach Europa einschiffen. Der chinesische Vertreter für die Abrüstungskonferenz, Wellington Koo, gleichzeitig neuer Gesandter in Paris, wird mit ihm zusammen reisen.

Die kriegerischen Vorbeeren Italiens.

„Frankreich war allein unfähig zu siegen.“

Mailand, 6. September. Die Enthüllungen Allards über die großen Mentereien im französischen Heere während des Krieges sind Wasser auf die Mühle der italienischen Kriegsgeschichtsschreibung. Dabei handelt es sich aber nicht um eine rein akademische Frage, sondern um den moralischen Anspruch Italiens, auf Grund seiner militärischen Leistungen von Frankreich politisch und militärisch mehr geachtet zu werden. Man ist in Italien über den Hochmut erbittert, mit dem die französische Kriegsgeschichte die italienischen Siege mit Stillschweigen übergeht und die große Niederlage bei Caporetto vergrößert. Allards Veröffentlichungen zeigen nun mit aller Deutlichkeit, daß die Mentereien in Frankreich hinter dem moralischen Schwächezustand, den Italien damals durchgemacht hat, keineswegs zurücksteht.

Die heutigen Hegemonialansprüche Frankreichs, so schreibt der „Corriere della Sera“, erscheinen angesichts dieser Enthüllungen ganz besonders absurd, denn sie zeigten eindeutig, daß Frankreich allein unfähig gewesen war, zu siegen, ja, daß es sich ohne die Hilfe der anderen nicht einmal die eigene Existenz hätte sichern können, und daß es auch noch trotz dieser Hilfe einer Verzweiflungskrise sich nicht entziehen konnte.

Eine neue Indientonferenz.

London, 6. September. Der Vizekönig von Indien hat die Mitteilung gemacht, daß im November eine neue Indien-Konferenz in London zusammentreten werde. Die neuen Verhandlungen sollen allerdings in einem mehr geschäftsmäßigen Stile aufgezogen werden, als die Konferenz vor zwei Jahren. Es sollen keine großen öffentlichen Reden gehalten werden, sondern unter Ausschluß der Öffentlichkeit Geheimverhandlungen im kleinen Kreise abgehalten werden.

Die Englische Regierung hat also in wenigen Wochen wieder einmal gründlich ihre Ansicht geändert, was sie ja auch in anderen Fällen zur Überraschung der Welt häufig zu tun pflegt. Nach der Veröffentlichung der Mandatsverteilung haben nämlich auch die gemäßigten Kreise in Indien heftig gegen diese einseitige Entscheidung Englands protestiert. Die Verteilung der Mandate wurde nicht nur von den Hindus, sondern zur Überraschung der Engländer auch von den Mohammedanern und sogar von den indischen Liberalen abgelehnt. Eine Reihe hervorragender Indier erklärte den Austritt aus den Konsultativ-ausschuss, der gewissermaßen die Fortsetzung der Konferenz am Runden Tisch ist und die weiteren Arbeiten leitet. Dieser Ausschuss war damit arbeitslos geworden. Die Indier haben erreicht, daß die Englische Regierung nun doch noch einmal sich mit ihnen an den Verhandlungstisch setzt.

Rundfunk-Programm.

Sonabend, den 10. September.

Breslau-Gleiwitz.

06.30 ca.: Konzert. 10.10: Von Königsberg: Schulfunk. 11.00: Stunde der Unterhaltung. 12.00: Wetter. Anshl.: Bekannte Opernmelodien (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderbastelstunde: Der Reiseplan des Herrn Pim. 15.45: Frauenkunde. Elise Steup: Frauen helfen sich untereinander. 16.00: Das Nachdäch in der Landwirtschaft. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Prof. Dr. Ullrich: Pilze und Pilzvergiftungen. 17.50: Musikalische Wochenschau. Dr. H. Strohe: Der neue Musikwinter. 18.00: Von Hamburg: Die U-Boot-Messe. 19.00: Englisch für Anfänger. 19.25: Dr. Dr. Ernst Gall: Deutschlands schöpferischer Anteil an der Gestaltung der Stille (I): Die Baukunst. 19.45: D. Dr. Schweitzer: Was ist der Mensch? 20.00: Von Königsberg: über Land und Meer. 22.00: Von Berlin: Wetter, Nachr., Sport. 22.30—00.30: Von Mählsader: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.30: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Schallplatten. 15.20: Bild auf die Weinwand. 15.30: Unterhaltungskonzert. 16.10: Der Liedes, sprüche und -bräuche. 17.00: Konzert d. Ork. des Vereins ehem. Militär-musiker. 18.00: Von Hamburg: Die U-Boot-Messe. 19.00: Erntefest des Kleingärtners. 19.30: Wetter. Anshl.: Abendmusik (Schallplatten). 20.00: Unter Abend. 22.50—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30—8.15: Konzert. 10.10: Schulfunkstunde: Aneke Miegel erzählt eigene Geschichten. 11.30: Konzert. 13.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 18.30—19.30: Königsberg: Schallplatten. 19.30—20.30: Danzig: Schallplatten. 19.30: Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.05: Von Berlin: Blasorchesterkonzert. 18.00: Von Hamburg: Die U-Boot-Messe. 19.10: Dr. Hans Ullrich: Volkstänze und Spielmannsweisen aus Dalmatien. 19.55: Wetter. 20.00: über Land und Meer. Weiterer Abend. 22.05: Wetter, Nachr., Sport. Anshl. bis 00.30: Von Mählsader: Nachtkonzert.

Barthau.

12.45, 13.35 und 15.10: Schallplatten. 16.05: Schallplatten. 17.00: Orchesterkonzert. 18.20: Tanzmusik. 20.00: Leichte Musik. 20.15: Dr. Morawitz, Gefang. Slowienski: Fische. 21.05: Konzert. 22.05: Kompositionen von Chopin. 22.50—24.00: Tanzmusik.

Radiobericht

finden das mögliche Rundfunkprogramm in den Zeitschriften „Die Sendung“ (Nr. 65 Gr.), „Europastunde“, „Funkpost“ u. a. Zu haben bei D. Bernide, Buchh., Bydgoszcz, Dworcowa 7. 1945

Wirtschaftliche Rundschau.

Wieder Baisse an den Börsen.

Die schwach die Grundlage für die allzu plötzliche Haussebewegung an den europäischen Börsen, insbesondere an den deutschen Börsen war, ergibt die Tatsache, daß kaum nach wenigen Tagen der Aufwärtsbewegung schon wieder ein Rückschlag erfolgte. Die deutschen Börsen verzeichneten gestern eine ungewöhnlich große Zahl von Minuszeichen. Nach den stürmischen Haussetagen, die zwar durch die Vorgänge an den amerikanischen Börsen stimmungsmäßig bedingt und durch die Ansichten des neuen Wirtschaftsplanes der Reichsregierung gestützt wurden, setzt jetzt plötzlich eine größere Neigung zu Gewinnmitnahmen und Realisationen ein. Es betrübte sich somit die Ansicht, daß der wirtschaftspolitische Umbau der Börsenvorgänge vorerst noch viel zu schwach ist, und die Spekulation jede Chance auszunutzen sucht, die ihr einen Gewinn verspricht. Die letzten Monate haben unzählige Male die gleichen Erscheinungen gebracht, so daß keine jeder Optimismus, der in einer allzu plötzlichen Aufwärtsbewegung zum Ausdruck kommt, Bedenken hervorrufen muß. Die Reaktion ist teilweise zu begrüßen, da sie dazu angetan ist, alle noch verbliebenen ungesunden Erscheinungen an den Börsen nach und nach auszumergen. Die Verkäufe führten zu schweren Kursverlusten. Die Gewinne mehrerer Tage gingen dadurch verloren. Die Spitzenpapiere fielen um 5 bis 10 Prozent. Anleihewerte fielen im Durchschnitt um 1 bis 3 Prozent. Auch der Rentenmarkt blieb von Rückschlägen nicht verschont. Die Aktien und fest verzinslichen Werte haben fast wieder den alten Kursstand erreicht.

Auch die Börsen des Auslandes wiesen die gleiche rückläufige Tendenz auf. Die Londoner Börse notierte alle Werte schwächer. Paris lag völlig unregelmäßig und in gedrückter Stimmung. Warschau war gestern zunächst noch freundlicher gestimmt, die aus dem Ausland eintreffenden Nachrichten über einsetzende Abschwächungen machten sich bereits zum Schluß der Börse und in den Nach-Börsenstunden stark fühlbar.

Polens Kohlen-Industrie im August.

Wie das Ministerium für Industrie und Handel bekannt gibt, hat sich die Lage in der polnischen Kohlenindustrie im August im Vergleich zum Monat Juli nur wenig verändert. Die Veränderung ist im großen und ganzen auf die saisonmäßige Belebung zurückzuführen. Bei der gleichen Zahl der Arbeitstage (26) wurden im August 77.000 T. Kohle mehr als im Juli gefördert, d. h. also 3,3 Prozent mehr als die Zulieferung betrug. Die Gesamtförderung im August betrug 2.431.000 T. Im August belief sich der gesamte Kohlenabsatz auf 2.282.000 T. und war somit im Vergleich zum Juli um 113.000 T. höher. Das Inland verbrauchte 1.807.000 T., d. h. 25.000 T. mehr als im Juli. Auf den Export entfielen 625.000 T., d. h. 88.000 T. mehr als im vorangehenden Monat.

Mit dem 2. September ist auf Grund einer Verfügung der österreichischen Regierung, die eine besondere Erlaubnis für den Export von polnischer Kohle vorsieht, der Export polnischer Kohle nach Österreich um 50 Prozent zurückgegangen. Polen erhielt für den laufenden Monat nur ein Ausfuhrkontingent in Höhe von 60.000 T., was ungefähr 50 Prozent der Exportmengen der vorhergehenden Monate entspricht.

Polens Holzexport über Gdingen.

Die Holzexporte über Gdingen betrug in den ersten sieben Monaten dieses Jahres insgesamt etwa 10.000 Tonnen, von denen 7.500 Tonnen auf Breiter und Ratten und weitere 2.500 Tonnen auf Telegraphenstützen entfielen. Auf den einen Monat Juli allein entfielen jedoch hiervon nicht weniger als 7.000 Tonnen Breiter und Ratten, die zum größten Teil nach England gingen. Der Juli ist der erste Monat gewesen, in dem Gdingen seit seinem Bestehen einen größeren Holzexport zu verzeichnen hatte, und da dieser Export fast ausschließlich von den polnischen Staatsforsten bestritten wurde, wird er als Kampfmaßnahme gegen Danzig durchaus verständlich.

Anlässlich der Delegiertenversammlung der polnischen Holzwirtschaftsverbände in Gdingen und Danzig, die in der zweiten Augusthälfte stattfand, hat sich das Gesamt-Gdingen außerordentlich bemüht, auch den privaten Holzhandel und -Export nach Gdingen zu ziehen. Das Holzschiff „Knyk Drzewny“ nimmt sich dieser Bestrebungen lebhaft an und rechnet der Holzwirtschaft vor, daß die Lagergebühren im Gdingener Hafen um 100 Prozent niedriger seien als in Danzig und die Umladegebühren infolge der Billigkeit des schlechtbesetzten dortigen Arbeiters, um 20 Prozent. Aber die Lagerplätze, die zur Verfügung stehen, sind eben zu klein und werden schon fast vollständig von den Holzlagern der Staatsforsten belegt, und dann ist Gdingen eben nur Exporthafen ohne eigenen Holzhandel und Holzkommissionen, auf den die in Gdingen tätigen polnischen Banken nicht eingestellt sind.

Die Lage in der Eisen- und Metallwarenbranche Polens.

In der polnischen Eisen- und Metallwarenbranche ist seit einigen Wochen eine Besserung der Absatzlage zu beobachten; es handelt sich in erster Linie um eine Steigerung der Auftragslage seitens der Gutsbesitzer und kleinen Landwirte. Gestagt wurden insbesondere landwirtschaftliche Geräte aller Art, Eisenwaren und Wägen.

Im Verlauf der letzten beiden Wochen sind verhältnismäßig große Umsätze in gewöhnlichen und verzinkten Blechen, sowie in Draht und Nägeln zustande gekommen. Guten Absatz fanden billige Landwirtschaftsgeräte, die für die Feldarbeiten benötigt werden. Die Käufe werden fast ausschließlich gegen Barzahlung getätigt.

Dem neu entstandenen Syndikat der polnischen Stahlwerke gehören 12 Unternehmungen beizugehören, die den Hauptteil der Produktion an Stahlwaren vertreten. Der Syndikatsvertrag ist bekanntlich auf die Dauer von drei Jahren geschlossen worden, wobei automatische Verlängerung um weitere drei Jahre im Nichtlingsfalls vorgesehen ist. Einer gründlichen Revision sind die Zahlungsbedingungen in dieser Branche unterworfen worden.

Auch in verschiedenen anderen Zweigen der polnischen Metallindustrie setzt sich die leichte Belebung fort. Die Produktion derjenigen Zweige der Metallindustrie, die Baumaterialien herstellen, hat sich gegenüber dem Juli von 43,8 auf 53,7 Prozent erhöht. Bedeutend gesteigert ist die Blechproduktion, des weiteren die Erzeugung von Küchengeräten (Emaillierwaren usw.). Demgegenüber ist die Produktion und der Absatz von fast allen Sorten von Maschinen weiter zurückgegangen. D.P.B.

Aufhebung des Konkurses über die Lodzer „Handelsbank“?
Nach einer Lodzer Meldung des „N. R. C.“ ist die Aufhebung des Konkurses über die Bank Handlowy in Lodz im Gange. Eine grundsätzliche Einigung soll mit den Gläubigern der Bank bereits erzielt sein. Im Augenblick werden nur noch die erforderlichen gerichtlichen Formalitäten erledigt. Die Bank wird ihre normale Tätigkeit wieder aufnehmen, wobei alle kleinen Einlagen zu 100 Prozent in bar zur Auszahlung gelangen; größere Depositionen werden in Raten ausgezahlt, während die ganz großen Guthaben gegen Bankaktien umgetauscht werden. Auch ein Teil der englischen Gläubiger der Bank erhält mit ihrer Einwilligung statt Bargeld neue Aktien. Wie verlautet, wird angeblich auf Wunsch der Mitglieder des Bankvorstandes die Bank längere Zeit keine Spareinlagen annehmen.

Firmennachrichten.

v. Thörn (Torun). In der Angelegenheit des Zahlungsaufschiebs der Pomorski Bank Polska Sp. A. in Thörn ist ein Gläubigertermin für den 24. September 1932, 10 Uhr, im Burgergericht, Zimmer 7, angesetzt.

Lesen (Lain), Kreis Graudenz. Der Firma Jan Goryński ist der bewilligte Zahlungsaufschieb um weitere drei Monate, d. h. bis zum 9. November 1932, verlängert worden.

v. Strasburg (Brodnica). Ein weiterer Zahlungsaufschieb für drei Monate wurde der Firma „Polonia“ Spółka. Roln.-Handl. & og. odnow. in Strasburg bis zum 5. Dezember 1932 gewährt.

Schwankende Börse — Krisenwende?

Im Zeichen des wirtschaftlichen Optimismus.

Die Welle des wirtschaftlichen Optimismus, die sich in den letzten Wochen in Amerika ausbreitet, hat auch Europa ergriffen. Die trostlose Stagnation der letzten Zeit scheint überwunden zu sein, und eine zuversichtlichere Stimmung macht sich bemerkbar. Das seit Jahr und Tag brachliegende Börsengeschäft weist eine bemerkenswerte Belebung auf. Was besonders erfreulich ist, erfasst die Kurssteigerung nicht nur den Aktienmarkt, sondern auch die festverzinslichen Werte, so daß die Renten an den deutschen Börsen eine beträchtliche Wertzunahme erfahren konnten. Zunächst waren es nur die großen Standardwerte, die vom Publikum gefragt und bevorzugt wurden. Schnell aber weitete sich der Kreis, so daß zur Zeit fast auf allen Gebieten Kaufaufträge vorliegen, die das weitere Anziehen der Börsennotierungen zur Folge haben.

Nicht nur dem wirtschaftlichen Beobachter, jedem Einzelnen, der in den drei Krisenjahren häufig die bittere Gelegenheit hatte, die Auswirkungen der Krise auf eigenem Rücken zu verspüren, drängt sich heute die Frage auf, ob und inwieweit diese „Silberreifen-Sause“ in den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Berechtigung hat.

Es wäre falsch, die europäische Börsenhausse mit der amerikanischen Aufwärtsbewegung in direkten Zusammenhang zu bringen. Was Deutschland anbelangt, so ist amerikanisches Kapital zur Zeit auf den deutschen Börsen nicht engagiert, und dem deutschen Publikum ist infolge der Beschränkungen im Devisenverkehr die Möglichkeit genommen, sich geschäftlich in Amerika zu betätigen. Somit ist die Abhängigkeit der deutschen Börsenhausse von der amerikanischen Entwicklung eine rein stimmungsmäßige. Die eingetragene Aufwärtsbewegung in Deutschland hat ihre eigene in der inneren Lage des Reiches verantworteten Gründe und Motive. Sie kann als Beweis dafür gelten,

daß nunmehr die Börse, dieses feinfühligste Barometer des Wirtschaftswetters, den toten Punkt als überwunden zu betrachten geneigt ist.

und der nächsten Entwicklung mit zunehmender Zuversicht entgegenzusehen. Es ist auffallend, daß die Hausse zeitlich mit der Verkündung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung zusammenfällt, die auf der Voraussetzung fußt, daß der Tiefstand der wirtschaftlichen Lage bereits erreicht sei, und die zu erwartende allmähliche Gesundung durch eine großzügige Anfurberungsaktion der Regierung weiter betrieben und beschleunigt werden müsse.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten zur Wiederbelebung der Wirtschaft ist in allen interessierten Kreisen freudig begrüßt worden. Stellt sie doch, im Gegensatz zu den zahlreichen früheren Sanierungsverordnungen, zum ersten Male seit der Krise einen großzügigen Versuch eines positiven Aufbauplans dar. Schon die Tatsache allein, daß verschiedene finanz- und wirtschaftspolitisch gefährlichen Experimente, von denen in der letzten Zeit viel die Rede war, in dieser Verordnung nicht enthalten sind, war geeignet, der optimistischen Stimmung neue Nahrung zu geben. Mit der Verkündung der Notverordnung steht es fest, daß die Reichsregierung jede Maßnahme ablehnt, die eine direkte oder indirekte Inflation und Erschütterung der Währung nach sich ziehen könnte. Auch die Gerüchte über eine generelle Zinskonvention und eine Zwangsanleihe erwiesen sich als unbegründet. Das Anfurberungsprogramm der Regierung, das in den Lohnprämien und Steueranrechnungen zur sofortigen praktischen Auswirkung gelangt und von dem Versprechen der Diskontierung begleitet ist, hat zweifellos zur Wiedererweckung des Vertrauens und somit zur Überwindung der gefährlichen Stagnation des Wirtschaftsprozesses bedeutend beigetragen.

Ferner hat sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung in der Aktivierung einer Anzahl von Industrieunternehmen und somit der entsprechenden Börsennotierungen unmittelbar ausgemacht. Es sind in erster Linie die Bauwerte, also Aktien von Baugesellschaften, Zement-, Zink- und Glasfabriken, aber auch in Erwartung von Reichsbahn- und Reichspostaufträgen, sämtliche

Schwachstromwerke, die von den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung beeinflusst werden könnten. Die Bewegung ergriffte auch bald den Montan-Markt und griff dann auf alle anderen Gebiete über.

Daß der langanhaltende Mismut einem neuen Optimismus gewichen ist, beweist der Umstand,

daß die Börsenbewegung sich nicht auf die engere Schicht der Börseninteressenten beschränkt, sondern auch weite Publikumskreise erfasst, die in breiter Front zur neuen Hausse aufsteigen.

Somit sind die psychologischen Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft zunächst gegeben: Die verhängnisvolle Mentalität des Spartrupfes mit all seinen Begleiterseignissen macht einem gesunden Optimismus Platz. Das Zusammenwirken dieses günstigen psychologischen Moments mit den weiteren wirtschaftlichen Maßnahmen, unter Vermeidung aller wirtschaftlich und politisch fragwürdigen Experimente, kann den Silberreifen am Horizont in ein neues Morgenrot verwandeln.

Die mitteleuropäischen Börsen sind bei der neuen optimistischen Welle, die aus Amerika kommt, sicherlich in erster Linie zu berücksichtigen, da die Auswirkungen der Krise, der Kapitalarmut, des Kreditmangels und der Arbeitslosigkeit gerade hier am härtesten sind. Aber auch die anderen maßgebenden Börsenplätze haben in den letzten Tagen eine freundliche Stimmung gezeigt, wie sie seit den schweren großen Einbrüchen nicht mehr wahrzunehmen war. Paris erhielt für Bank- und Industriewerte eine starke Erholung, Zürich, Amsterdam und London notieren fast mit einer Selbstverständlichkeit Kursaufbesserung, selbst für festverzinsliche Werte. Auch die polnischen Börsen sind in eine Haussebewegung übergegangen. Berücksichtigt man jedoch die unsagbare tote Zeit, die auch nicht die nennenswerten Umsätze an den Effektenbörsen ergab, so muß die allzu plötzliche Belebung und das große Interesse munder nehmen. Die Belebung der polnischen Effektenmärkte ist kaum aus innerwirtschaftlichen Gründen und eigentlich nur aus Reflexwirkungen des Auslandes auf Polen zu erklären. Die Spekulation scheint stark an der Arbeit zu sein. Das Interesse des Publikums ist nicht so stark wie im Ausland. Die Enge des einheimischen Geldmarktes (das kapitalfrächtige Ausland zeigt sich in letzter Zeit an einer Lockerung in Polen desinteressiert) wird dieser allzu plötzlichen Bewegung Grenzen setzen, es sei denn, daß eine internationale Anlagelust auch auf Polen übergreift.

Polens Drahtseilindustrie.

Der laufende Inlandsbedarf Polens an Drahtseilen geht im Zusammenhang mit der langdauernden Krise immer mehr zurück. Gegenwärtig ist der Absatz dieses Artikels so geringfügig, daß zur Ausführung der Bestellungen es ausreicht, wenn die Fabriken einige Stunden in der Woche in Tätigkeit sind. Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Produktion können die Betriebe ihre Leistungsfähigkeit nur zu einem geringen Teile ausnützen. Sie befinden sich fast durchweg in einer bedauerlichen finanziellen Lage. Verschlechtert und kompliziert wird sie noch durch die scharfe Konkurrenz der Fabriken untereinander. Zwar besteht unter den größeren Fabriken eine Art Verständigung auf dem Gebiete des Verkaufs und der Preise, doch tritt die Konkurrenz insbesondere von Seiten der kleineren Fabriken sehr stark in Erscheinung, wenn — wie von sachmännischer Seite festgehalten werden konnte — es letzteren auch nicht immer gelingt, mit Rücksicht auf alte Beziehungen und Gewohnheiten die größeren Fabriken bei ihrer alten Kundenschaft auszusuchen. Die Hauptabsnehmer für Drahtseile, so insbesondere der Bergbau, die Erdölindustrie usw., schauen weniger auf die Preise, als auf die Qualität des Produktes, da sie in der Auswahl von Drahtseilen mit Rücksicht auf das Moment der Sicherheit zu großer Vorsicht angehalten sind.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 8. September auf 5,9244 Zlotn festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 7 1/2 % der Lombardzins 8 1/2 %.

Der Notiz am 7. September. Danzig: Ueberweisung 57,57 bis 57,68, Bar 57,59—57,71, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung 377,60—379,60, Zürich: Ueberweisung 57,90, London: Ueberweisung 31,12.

Währungen und Kurse vom 7. Septbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,75, 124,06 — 123,44, Belgrad —, Budapest —, Bulgareien —, Danzig 173,70, 174,13 — 173,27, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 31,19 — 30,89, New York 8,919, 8,939 — 8,899, Oslo —, Paris 34,97, 35,06 — 34,88, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,50, 172,93 — 172,07, Tallin —, Wien —, Italien —.

London Umsätze 31,05—31,02.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,95.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont.	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark Geld	7. September Brief	In Reichsmark Geld	6. September Brief
2 1/2 %	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2 %	1 England	14,65	14,69	14,625	14,665
2 1/2 %	100 Holland	169,58	169,87	169,53	169,87
9 %	1 Argentinien	0,928	0,932	0,923	0,927
4 %	100 Norwegen	73,33	73,47	73,28	73,42
4 %	100 Dänemark	75,77	75,93	75,57	75,73
6 1/2 %	100 Island	65,93	66,07	65,68	65,82
3 1/2 %	100 Schweden	75,07	75,23	74,97	75,13
3 1/2 %	100 Belgien	59,335	58,455	58,335	58,455
5 %	100 Italien	21,63	21,67	21,63	21,67
2 1/2 %	100 Frankreich	16,49	16,53	16,495	16,535
2 %	100 Schweiz	81,7	81,53	81,41	81,57
6 1/2 %	100 Spanien	33,83	33,89	33,87	33,93
—	1 Brasilien	0,320	0,322	0,321	0,323
5,84 %	1 Japan	0,989	0,991	0,959	0,961
—	1 Kanada	3,826	3,834	3,806	3,814
—	1 Uruguay	1,738	1,742	1,738	1,742
5 %	100 Tschechoslowak. ..	12,485	12,485	12,485	12,485
6 1/2 %	100 Finnland	6,294	6,300	6,284	6,296
5 1/2 %	100 Estland	110,59	110,81	110,59	110,81
6 %	100 Lettland	79,72	79,88	79,72	79,88
6 1/2 %	100 Portugal	13,34	13,36	13,31	13,33
9 1/2 %	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7 1/2 %	100 Jugoslawien	6,593	6,607	6,643	6,657
6 %	100 Desterreich	51,95	52,05	51,95	52,05
6 %	100 Ungarn	—	—	—	—
4 %	100 Danzig	81,97	82,13	81,97	82,13
9 %	1 Türkei	2,008	2,012	2,008	2,012
11 %	100 Griechenland	2,697	2,703	2,697	2,703
—	1 Kairo	15,03	15,07	15,005	15,045
7 %	100 Rumänien	2,518	2,524	2,518	2,524
—	1 Warschau	46,90	47,30	46,90	47,30

Zürcher Börse vom 7. September. (Umtl.) Warschau 57,90, Paris 20,27 1/2, London 13,03, New York 5,17 1/2, Brüssel 71,52 1/2, Italien 26,54, Spanien 41,60, Amsterdam 208,00, Berlin 122,87 1/2, Stockholm 92,50, Oslo 90,30, Kopenhagen 93,30, Sofia 3,73, Prag 15,30, Belgrad 8,05, Athen 3,19, Konstantinopel 2,50, Budaress 3,05, Helsingfors 7,75, Buenos Aires 1,10, Japan 1,20.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pf. Sterling 30,85 Zl., 100 Schweizer Franken 171,82 Zl., 100 franz. Franken 34,83 Zl., 100 deutsche Mark 209,50 Zl., 100 Danziger Gulden 173,02 Zl., tschech. Krone —, Zl. österr. Schilling —, Zl.

Aktienmarkt.

Pofener Börse vom 7. September. Es notierten: Sproz. Dollarbriefe der Pofener Landchaft 55—55,75 G., Sproz. Gold-Amort.-Dollarb. der Pofener Landchaft 51,75 +, 4proz. Konvert.-Pfundb. der Pofener Landchaft 29 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Ser. 3) 48,25 G., 6proz. Roggenbriefe der Pofener Landchaft 12,25 +, 3proz. Baanleihe (Serie 1) 38 G., Bank Polki 101 +, S. Cegielski 20 +, Dr. Roman May 9—10 G. Tendenz fest. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Gewinn, * = ohne Ansat.)

Produktenmarkt.

Warschau, 7. September. Getreide, Mehl und Futtermittel. Weizen, neu, gesund, trocken, 15 to ... 16,30
Roggen, neu, gesund, trocken, 15 to ... 16,30
Mehlgerste 64—66 kg ... 15,75—16,25
Mahlgerste 68 kg ... 16,25—17,25
Brauergiste ... 19,00—20,00
Safet, neu ... 12,50—13,00
Roggenmehl (65%) ... 25,25—26,25
Weizenmehl (65%) ... 39,00—41,00
Weizenkleie ... 9,00—10,00
Weizenkleie (grob) ... 10,00—11,00
Roggenkleie ... 8,75—9,00
Wintererbsen ... 32,00—34,00
Beluchien ... 32,00—34,00
Felderbien ... 20,00—24,00
Vitoriaerbien ... 28,00—30,00
Folgererbien ... 28,00—30,00

Umsätze 981 to, davon 235 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Umtliche Notierungen der Polener Getreidebörsen vom 7. September. Die Preise verstehen sich für 100 Alto in Zlotn:

Transaktionspreise:	Richtpreise:
Roggen, neu, gesund, trocken, 15 to ... 16,30	
Weizen, neu ... 24,25—25,25	Sommerweide ... —
Roggen, neu ... 15,70—16,00	Blaue Lupinen ... —
Mahlgerste 64—66 kg ... 15,75—16,25	Gelbe Lupinen ... —
Mahlgerste 68 kg ... 16,25—17,25	Raps ... 34,00—35,00
Brauergiste ... 19,00—20,00	Fabrikaraffeln pro Alto % ... —
Safet, neu ... 12,50—13,00	Senf ... —
Roggenmehl (65%) ... 25,25—26,25	Roggenstroh, lose ... 3,25—3,50
Weizenmehl (65%) ... 39,00—41,00	Roggenstroh, gepr. ... 3,75—4,00
Weizenkleie ... 9,00—10,00	Heu, lose ... 5,00—5,25
Weizenkleie (grob) ... 10,00—11,00	Heu, gepreßt ... 5,50—6,00
Roggenkleie ... 8,75—9,00	Reisheu, lose ... 5,25—6,00
Wintererbsen ... 32,00—34,00	Reisheu, gepr. ... 6,25—6,75
Beluchien ... 32,00—34,00	Blauer Mohr ... 6,50—7,00
Felderbien ... 20,00—24,00	Sonnenblumen ... —
Vitoriaerbien ... 28,00—30,00	tuchen 46—48% ... —
Folgererbien ... 28,00—30,00	

Gesamtendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 180 to, Weizen 120 to, Roggenmehl 55 to, Weizenmehl 35 to, Roggenkleie 30 to, Weizenkleie 20 to, Felderbien 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Weizen, Roggen, Mahlgerste, Brauergiste, Safet, Roggen- und Weizenkleie gut.

Danziger Getreidebörsen vom 7. September. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Bfd. 16,00—16,10, Roggen 10,00—10,25, Brauergiste 11,00—12,25, Futtergerste 10,00—11,00, Safet 8,75—9,30, Vitoriaerbien 13,25—15,25, grüne Erbsen 16,00—21,00, Roggenkleie 6,75, Weizenkleie 7,25, Blaumohn 40,00—45,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise sind stabil geblieben. Die Kaufkraft ist etwas größer geworden. Futtermittel auch fester.

September-Lieferung.

Weizenmehl, alt 24,50 G., 60%, Roggenmehl 24,00 G. per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 7. September. Getreide und Sesanten für 1000 Rg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—78 Rg. 211,00—213,00, Roggen märk., 72—73 Rg. 161,00 bis 163,00, Brauergiste 177,00—187,00, Futter- und Industrieerbsen 169,00—176,00, Safet, märk. 139,00—144,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 25,00—30,40, Roggenmehl 22,00—24,25, Weizenkleie 9,75—10,25, Roggenkleie 8,25—8,75, Raps —, Vitoriaerbien 21,60—24,00, kleine Speisererbien —, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Beluchien —, Aderbohnen —, Widen 17,00—20,00, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Serradella —, Leinuchsen 10,50—10,60, Troadenichsel 9,20—9,50, Senna-Extraktionschrot 11,20—11,40, Kartoffelflocken —.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Danziger Rundschau“ beziehen zu wollen.